

# Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

## Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden  
Anzerate die dreigespaltene Zeile oder  
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Quitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Quitpoldstraße 9.

**Inhalt:** Die Eisenpreise. — Zur Lage der Metallarbeiter in Belgien. — Ein Arbeits- und Industrierath in Norwegen. — Arbeiterversicherung. (Schluß). — IX. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Orts-Krankenkassen Deutschlands. — D. M.-B.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau.

### Zur Beachtung.

#### Zug ist fernzuhalten:

- von Bügelschleifern nach Wald, Rheinland (Blümacher Weyer) Str.;
- von Bolzenschmieden nach Breslau (Schraubenfabrik Vulkan); nach Schwelm (Gerdes & Co.) St.;
- von Dreheren nach Berlin, nach Erfurt (Chr. Hagans) R.; nach Offenbach a. Main (Wt.-Gef. f. Schriftgießerei und Maschinenbau) Str.;
- von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg und Schwabach (besonders von den Werkstätten M. Wittner, Hunger);
- von Formern und Eisengießerei-Arbeitern nach Blankenburg, Mitteldeutschland und Sorge am Harz (Harzer Werke); nach Erfurt (Trent und Schwabe & Co.); nach Gütrow (Str.); nach Pirschen (Winkel und Preuß);
- von Gold- und Silberarbeitern nach Kopenhagen (G. Ventisch); nach Rathenow (Nitsche & Günther) St.;
- von Installateuren nach Hamburg;
- von Kesselschmieden nach Garmen (Siller & Jamart) Str.; nach Erfurt (Chr. Hagans) R.;
- von Klempnern nach Burg (D.); nach Hamburg, nach Ohligs (Rante & Co.) A.; nach Zerbst (Eisfeld);
- von Kupferschmieden nach Ohligs (Rante & Co.) A.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Garmen (Siller & Jamart) Str.; nach Berlin; nach Hameln (Niemann & Wilmeyer); nach Hannover (Steinfeld & Wasberg) A.; nach Lindenthal v. Köln (Lindenthaler Metallwerke) St.; nach Lönisheide (Heimendahl & Rademacher) R.;
- von Metallbrüchern nach Hamburg;
- von Metallschlägern nach Leihhausen; nach Nürnberg, D.;
- von Nadelarbeitern nach Chemnitz (Stricknadel-Fabr. Max Müller) R. und M.;
- von Optischen Industriearbeitern nach Rathenow (Nitsche & Günther);
- von Rohrlegern nach Hamburg;
- von Schlossern nach Erfurt (Chr. Hagans) R.; nach Offenbach a. M. (Wt.-Gef. für Schriftgießerei und Maschinenbau) Str.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Wt.: Wirtstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

### Die Eisenpreise.

Der Wunsch der Unternehmerwelt nach baldiger, starker und andauernder Besserung der Wirtschaftslage macht sie und ihre Presse zu leichtbeweglichen Optimisten, die in jedem freundlichen wirtschaftlichen Symptome schon das Ende der drückenden Krise und den Wiederbeginn einer neuen Prosperitätsperiode erblicken. So wurde auch die kleine Besserung des verfloffenen Frühjahrs bedeutet, die doch nichts Ueberrajchendes, sondern im Gegentheil etwas sehr Natürliches war. Das Frühjahr bringt mit dem Beginn der Bauarbeiten, die eben auch in der schlechtesten Zeit nicht völlig ausbleiben und mit dem Beginn der landwirtschaftlichen Arbeiten jedes Jahr einige neue Aufträge, es belebt den Arbeitsmarkt durch neue Nachfrage nach Arbeit, vermindert die Zahl der Arbeitslosen, vermehrt die Zahl der Käufer und stärkt die Kaufkraft der Konsumenten, wodurch das ganze Wirtschaftsleben etwas angeregt wird. Aber darin ist noch kein neuer Aufschwung zu erblicken. So ist denn auch diesmal auf die kleine wirtschaftliche Besserung des Frühjahrs die von kritischen Beurteilern der Dinge mit Sicherheit erwartete Abflauung des Sommers gefolgt, die auch weiterhin andauern wird. Dabei ist aber sehr interessant, daß z. B. die deutsche Roheisenproduktion einen neuen Aufschwung erfahren hat und im ersten Semester

1902 eine höhere Ziffer erreichte, als in der gleichen Zeit 1901. Sie betrug nämlich 4,013,776 Tonnen gegen 3,953,779 Tonnen im ersten Halbjahre 1901, also um 59,997 Tonnen mehr und sie blieb nur um 85,181 Tonnen hinter derjenigen im ersten Halbjahr 1900 zurück. Im Monat Juli betrug sie 705,921 gegen 649,539 Tonnen im Juli 1901 und die Gesamtproduktion in den 7 Monaten beziffert sich auf 4,719,697 Tonnen gegen 4,603,318 Tonnen in der gleichen Periode 1901, also um 1,163,791 oder 2,53 Prozent mehr, gegen 1900 jedoch um 1,72 Proz. weniger. Einen Rückgang dagegen erfuhr die Steinkohlenförderung, die in den ersten 7 Monaten des laufenden Jahres in ganz Deutschland mit 60,228,861 Tonnen um 2,191,290 Tonnen weniger betrug als in der gleichen Periode 1901. Zurückgegangen ist auch die Einfuhr an Steinkohlen im ersten Halbjahre auf 2,826,384 gegen 2,850,322 Tonnen in der gleichen Zeit 1901, während die Ausfuhr eine kleine Steigerung von 7,131,533 auf 7,147,393 Tonnen erfuhr. Besonders Interesse bietet die Gestaltung der Verkehrsverhältnisse. Im ersten Halbjahr betrugen die Gesamteinnahmen der deutschen Eisenbahnen mit 494,25 Millionen Mark um 1,997,089 Mk. weniger als in der gleichen Zeit 1901, im Monat Juli aber ergab sich ein Ueberschuß von 5,344,428 Mk., so daß die Ergebnisse der 7 Betriebsmonate mit 661,49 Mill. einen Ueberschuß von 4,689,243 Mk. gegenüber derselben Zeit 1901 ergaben. Im Juli hatten die Einnahmen mit 165,11 Mill. um 19 Mill. Mk. mehr betragen als im Monat Juni. Im auswärtigen Handel zeigt die Einfuhr im ersten Halbjahr einen Rückgang der Gewichtsmengen von 20,76 auf 19,66 Millionen Tonnen, aber gleichzeitig erfuhr der Einfuhrwerth eine Steigerung von 2751,98 auf 2840,16 Millionen Mark; die Ausfuhr stieg der Gewichtsmenge wie dem Werthe nach und zwar erstere von 15,04 auf 15,78 Millionen Tonnen, der andere von 2136,02 auf 2286,72 Mill. Mark. An dieser Ausfuhrsteigerung ist in hervorragendem Maße die Eisenausfuhr beteiligt, indem der Werth der deutschen Eisenausfuhr von 240 Mill. Mark im ersten Semester 1901 auf 294½ Mill. Mark in derselben Periode 1902 stieg.

Auf diesem wirtschaftlichen Hintergrunde gestalteten sich die Eisenpreise folgendermaßen. Es notirten an der Dortmunder Börse:

Eisen- und Stahlorten	Ende 1902		
	Juni	August	Septbr.
Deutsches Gießereirohisen Nr. 1	65	65	65
„ „ „ „ „ 3	62	62	61
Weißstrahliges Roheisen	60	60	60
Thomasroheisen	62	64	65
Deutsches Bessemerroheisen	65	65	65
Spiegelroheisen	71	71	70
Engl. Gießereirohisen Nr. 3	67	69	70
Luxemburger Roheisen	50	50	50
Stabeisen in Schweißroheisen	140	140	140
„ „ Flußeisen	120	115	115
Trägerroheisen	122	122	122
Feinbleche	145	140	140
Thomas-Grobbleche	145	150	150
Siemensmartin-Grobbleche	160	160	160
Refertoirbleche	150	150	150
Konstruktionsbleche aus Schweißroheisen	155	155	155
Feinbohrroheisen	150	145	145
Winkelroheisen in Flußeisen	120	115	115
Eisenbahnschienen aus Bessemerroheisen	135	135	135
Eisenbahnschienen mit Schönheitsfehlern	130	130	130
Grubenschienen aus Flußeisen	110	105	105

Der Vergleich der drei Zahlenreihen läßt für 11 von den 21 angeführten Eisen- und Stahlorten stabile Preise erkennen; die Preisschwankungen betreffend die übrigen Sorten sind nicht bedeutend, sie sind auch nicht gleichmäßig, denn der Erhöhung einiger Preise steht der Rückgang anderer Preise gegenüber.

Für Oberschlesien stehen uns nur für das 2. Quartal vergleichbare Preise zu Gebote. Nach den Angaben der Eisenhütte Oberschlesien in Gletwitz notirten:

Eisen- und Stahlorten	Ende 1902	
	Juni	April
Gießereirohisen	62	62
Hämatit	75	78
Qualitäts-Puddelroheisen	55	55
Stabeisen	130	125
Kesselbleche	160	160
Flußeisenbleche	140	140
Dünne Bleche	135	135
Stahlbrat	125	125

Nur zwei Sorten zeigen Preisveränderungen. Der Preis für Hämatit ging von 78 auf 75 Mk. zurück, während derjenige für Stabeisen von 125 auf 130 Mk. stieg.

Eine ungleichmäßige Preisbewegung zeigt auch der englische Eisenmarkt. Es notirten nämlich:

Eisen- und Stahlorten	Ende 1902	
	Juni	April
Middlesbrach 1 G. M. B.	51	49
„ 1	53	47
„ 4 Gießerei	50	46
„ 4 Puddelroheisen	50	46
Middlesbrach Hämatit Nr. 1, 2, 3 gemischt	57	56
Middlesbrach Nr. 3 G. M. B. Warrants	51	47
Schottische M. R.	56	53
Kumberland Hämatit Warrants	60	59
Eisenplatten	122	122
Stahlplatten	115	125
Stabeisen	125	125
Stahlwinkel	112	132
Eisenwinkel	122	122

Die meisten Sorten erfuhren demnach im zweiten Quartal Preissteigerung und nur 2 Sorten einen Preisrückgang, während für weitere 2 Sorten die Preise unverändert blieben. Ein weiterer Rückgang ist in den letzten Monaten nicht eingetreten, vielmehr sind einzelne Sorten im Preise gestiegen.

Vom amerikanischen Eisenmarkt wird über folgende Preisbewegungen berichtet:

Eisen- und Stahlorten	Ende 1902	
	Juni	April
Gießereirohisen Nr. 2 (Philadelphia)	88	75
Gießereirohisen Nr. 2 (Cincinnati)	85	60
Bessemerroheisen (Pittsburg)	83	70
Graues Puddelroheisen	82	72
Stahlknüppel	130	132
Walzbrat	148	144
Schwere Stahlroheisen	112	112
Behälterbleche	140	128
Feinbleche	232	240
Drähtstift	164	152

Nur für eine einzige Sorte ist der Preis un-
ändert geblieben, für 2 Sorten ist er zurückgegangen
und für alle anderen Sorten gestiegen.

Zur Lage der Metallarbeiter in Belgien.

Von Fritz Kummer-Brüssel.

Am 31. Oktober 1896 fand in Belgien eine Industrie-
zählung statt, die sich über Anderem auch auf die
Arbeitszeit und Löhne aller Industriearbeiter
erstreckte.

Seit einigen Wochen liegen die Ergebnisse der Zählung
in ihrer Vollständigkeit, in achtzehn starken Bänden ge-
sammelt, vor und ist es nun möglich, sie weiteren Kreisen
zugänglich zu machen.

In der belgischen Privatindustrie sind insge-
samt 842,000 Arbeiter (646,000 Männer, 196,000
Frauen) beschäftigt. Davon entfallen auf die Metall-
industrie ungefähr 105,000. Nur mit der letzteren
beschäftigt wir uns.

Bei den folgenden Tabellen beträgt die Zahl der
Metallarbeiter weniger als 105,000; dies kommt daher,
weil in der Zählung nicht aufgenommen sind: die
38,000 Eisenbahnarbeiter und die 1300 in den kommun-
alen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken Bediensteten,

Weiter weisen die Tabellen, miteinander verglichen,
Schwierigkeiten bezüglich der Totalzahl der Metallarbeiter
auf. Dies hat seine Ursache darin, daß die Anzahl der-
jenigen fehlt, bei denen eine Antwort auf die Fragen nicht
ermittelt werden konnte.

Table with 4 columns: Es entfallen auf, Männer, Frauen, Insgef. Rows include Metallherzeugung, Eisen- und Stahlherzeugung, etc.

Die Metallindustrie setzt sich nach der Zählung aus
123 Branchen zusammen, die wir, soweit es die Deutlich-
keit der Statistik erlaubt, in eine geringere Zahl von
Gruppen zusammengefaßt haben.

Das Alter.

Das Alter wurde von 97,515 Metallarbeitern er-
mittelt.

Table with 3 columns: Davon waren, Arbeiter, Prozent. Rows include unter 21 Jahre, 21-30 Jahre, etc.

Ein Vergleich zwischen der Metallarbeiterschaft und der
Gesamtarbeiterschaft ergibt, daß sich mit der Zunahme
des Alters die Reihen der Älteren schneller lichten, als
bei der anderen. In der That waren bei der Ge-
samtarbeiterschaft

Table with 2 columns: unter 21 Jahre, 21-30 Jahre, etc. and Prozent.

Es interessant es auch ist, das Alter der Arbeiter in
den diversen Branchen der Metallindustrie im Detail zu
kennen und die Resultate mit einander zu vergleichen, so
kann an dieser Stelle jetzt nicht darauf eingegangen
werden.

\* Allgemeines statistisches Handb.: Die belgische Ge-
werbe- und Industriezählung des Arbeiter. Zählungen
1902.

Zahl der Betriebe und der Arbeiter.

Large table with multiple columns: Arbeiter (in various categories), Betriebe (in various categories), Total. Includes sub-sections for Branchen.

Nach dieser Statistik kommen (in der Metallindustrie)
im Durchschnitt nicht ganz 7 Arbeiter auf einen Betrieb.
Dieses möchte Refusit könnte die Freunde des goldenen
Handwerks zu dem Glauben verleiten, daß ihr Stand in
Belgien noch einen soliden Boden unter den Füßen habe.

Allein schon ein weniger oberflächliches Einsehen ge-
nügt, solches Beginnen ad absurdum zu führen. Von den
Metallen eibern sind 69,136 in Großbetrieben, 21,112 in
mittleren und 8707 bei den sogenannten Handwerkern be-
schäftigt. Oder mit anderen Worten: 69,88 Proz. der
Metallarbeiter sind in 337 = 4,75 Proz. der Betriebe
tätig; 21,34 Proz. in 1400 = 19,52 Proz. und nur
8,78 Proz. in 5432 = 75,77 Proz. der Betriebe. Und in
weiteren 5437 „Betrieben“ gibt es überhaupt keinen
Arbeiter; hier arbeitet der Meister entweder allein oder
mit seinen Familienangehörigen.

Diese Zahlen ergeben, daß für die mittleren Wert-
stätten der Frage nach der Betriebe dem der Arbeiter un-
gefähr die Waage hält, während bei den beiden Extremen
die Kräftezahl der Arbeiter im umgekehrten Verhältnis
zu der der Betriebe steht. Die beiden ersten Branchen
(Eisen-, Stahl- und Kupferherzeugung) weisen überhaupt
keinen Kleinbetrieb auf. Und in den (zusammen) 16
mittleren ist nur ein einziger Betrieb — nicht einmal
1 1/2 Proz. — der Arbeiter tätig. Im Maschinenbau gibt
es 705 kleine Betriebe mit 769 Gehäfen. Es ist em-
leuchtend, daß in solchen „Etablissements“ keine Maschinen
gebaut werden können. Diese Kategorie ist in der Haupt-
sache von den kleinen „Mecaniciens“ formiert, die ihr
Leben gar kümmerlich durch Kleinarbeit fristen und die,
wenn der Boden ihres Handwerks besonders golden glänzt,
sich einmal einen „demi ouvrier“ (halben Arbeiter) als
Personal zulegen.

In der Branche „Gießerei“ eröffnet die Kupfer- und
Bronzegießerei den Reigen mit den Werkstätten (34)
ohne Arbeiter; in 7 weiteren sind nur Familienmitglieder
der Arbeitgeber tätig und 112 haben weniger als 5 Ge-
hilfen.

In den Eisen- und Stahlgießereien ist die große Mehr-
zahl der Arbeiter (4124) in den 41 Großbetrieben tätig.
In der Schrauben- und Drahtfabrikation ist der Groß-
betrieb in der Regel vertreten; nur noch in der der Ketten
und Riegel \*\* sind (in jeder 27) Werkstätten ohne Ar-
beiter zu finden.

Unter der Branche der „Maschinenbau“ stehen die
Kupfergeschmiederei und die Messing- mit den Klein-
betrieben obenan, während die Emailgeschmiederei nur im
Großbetrieb hergestellt werden.

\* Siehe „Soziale Praxis“, 12. Dez. 1901, Seite
278 und 277.
\*\* Siehe die Abhandlung über die Stangeindustrie
„L'industrie cloistrée en pays wallon“. Brüssel 1901.

Unter „Diverse“ stehen die Platinbranche mit 82
(von 153) und die Feilenbranche mit 14 Werkstätten
(von 134) ohne jeden Arbeiter.

Die Gold- und Bauhölzerei hat fast nur Klein-
betriebe aufzuweisen; mehr denn 61 Proz. kennen über-
haupt keinen Arbeiter.

Die Bauhölzerei, und besonders die Goldschmiederei,
läuft in Belgien noch in dem ausgetretenen Geleise des
Mittelalters. Moderne Werkzeuge sind hier unbekannt.
Die „Meister“ wohnen auf dem Lande und arbeiten für
die Eisengeschäfte der Städte. Amsonabendlich fahren sie
mit 2-6 Jungen zum Abliefern, um gleichzeitig Material
für die kommende Woche zu fassen. Der Anblick dieser Ge-
fährte, barmhertzig, der larrenschickenden „Meister“ und
ihrer Gehilfen, deren Naturfarbe nur schwer zu errathen
ist, könnte selbst einem Schmiedegesellen ohne Funkenholz
die Schamröthe ins Gesicht treiben. Das was diese
„Meister“ durch die mangelnde technische Einrichtung ver-
lieren, suchen sie durch Heberarbeitung und Unterfomum,
sowie durch unverschämte Ausbeutung der jugendlichen Ar-
beitskraft wieder einzuholen. Eine Goldschmiederei, ausge-
rüstet mit den neuen technischen Hilfsmitteln, könnte, indem
sie diesen Kaderbuben ein wohlverdientes Ende bereitet,
nur segensreich wirken, ebensovohl für die Arbeiter als für
die „Meister“, die um ihre Lage von keinem Arbeiter der
Großindustrie beneidet werden.

Arbeitszeit.

Die Dauer der täglichen Arbeitszeit wurde von rund
85,000 Metallarbeitern ermittelt. Die Ruhe- und Ge-
pausen sind schon in Abzug gebracht. Auch stellen die
Ziffern nicht die durchschnittliche Dauer eines Arbeits-
tages dar, sondern die effektive Tagesarbeits-
zeit am Ende des Monats Oktober des Jahres 1896.

Table with 12 columns: Stunden (1-12), 10-11, 9-10, 8-9, 8 Uhr, Total. Rows include Eisen- und Stahlherzeugung, etc.

Table with 2 columns: Branchen, Stunden. Rows include Metallherzeugung (ohne Eisen u. Stahl), Eisen- und Stahlherzeugung, etc.

Vergleicht man die Arbeitszeit der Metallarbeiter-
schaft mit der der Gesamtarbeiterschaft Belgiens, so er-
gibt sich, daß die erstere eine bedeutend kürzere Zeit täg-
lich arbeitet, als die andere. Aus den Ergebnissen der
Zählung resultiert, daß

Table with 2 columns: im Allgemeinen, im Besonderen. Rows include von der Gesamtarbeiterschaft, ca. 1/3 weniger als 10 Std., etc.

Die Löhne.

Die Rubriken, die die Löhne betreffen, wurden von den
Arbeitgebern nach den Lohnlisten ausgefüllt. Auch
hier stellt die Lohnsumme nicht den durchschnittlichen Tag-
lohn dar, sondern den effektiven Verdienst
eines Tages am Ende des Monats Oktober des Jahres
1896. Ueber den Werth so gewonnener Angaben läßt sich
streiten. Und besonders auch darüber, daß die Lohn-
summen keinen Durchschnitt von einer beliebig längeren
Zeitsdauer repräsentieren, weil sie, vornehmlich bei Saison-
arbeitern, zu Trugschlüssen führen können. Auch kann die
Sicherheit der Vergleiche nur dadurch garantiert werden,
wenn die Vorbedingungen der Vergleichbarkeit, das sind
hier die Zahl der Arbeitsstunden, bei den gegenüber-
stehenden Kategorien genügend in Erwägung gezogen
werden. Durchschnittslöhne lassen sich für kleinere Ge-
biete leichter feststellen, zumal wenn genügend geschultes
Enquetepersonal vorhanden ist und vor Allen: wenn die
bezoigten Personen neben dem guten Willen und der
Demuth auch die Möglichkeit haben, den Durchschnitt zu
kalkulieren. Kommt aber ein großes Gebiet, ein ganzes
Land in Betracht, so wird eine solche Feststellung zur Un-
möglichkeit und zeitigt unbrauchbare Resultate. Schon die
Frage nach dem bloßen Tagesverdienst brachte eine Un-

masse Schwierigkeiten und zweifelhafte Angaben, die nur nach wiederholter Nachkontrolle halbwegs richtig gestellt werden konnten, was einen ganzen Stab von Beamten jahrelang in Anspruch nahm.

Sobiel man auch nun über den Werth dieser Lohnstatistik rechten kann: immerhin ist in Belgien der Anfang gemacht und die gesammelten Erfahrungen können für später und für andere Länder wertvolle Dienste leisten. Viele Arbeiter erhalten Kost und Logis — beide zusammen oder nur eins von beiden — vom Arbeitgeber. Der Preis hierfür ist bei den Löhnen in Anrechnung gebracht; in welcher Höhe ist unbekannt. Das Kost- und Logisgeben ist in der Metallindustrie bei den Herd- und Bauwerkstoffen am weitesten verbreitet. Es haben nur Kost 221 und Kost und Logis 624 Gehilfen. Das sind fast 12 Proz. dieser Arbeiterkategorie.

Table with 6 columns: Branchen, Der Lohn wird festgelegt bei, Es verdienen pro Tag (in Franken), and sub-columns for 'weniger als 2,50 Frs.', '2,50 bis 4,50 Frs.', and 'mehr als 4,50 Frs.' with 'Total' and 'in Proz.' sub-columns.

Die vorstehende Lohnabelle ermöglicht, unter Berücksichtigung der weiter oben gegebenen Arbeitszeit, relativ sichere Vergleiche. Hier sei nur noch die Lohnstatistik der Metallarbeiter der gesamten Arbeiter gegenübergestellt.

Table comparing wages: 'Von der Gesamtarbeiterschaft verdienen pro Tag' (24,76) and 'Von der Metallarbeiterschaft verdienen pro Tag' (17,76) with percentages.

Vergleicht man die Lohnsätze nach Landbezirken und stellt nur die Etablissements mit über 50 Arbeiter in Betracht, so ergibt sich, daß drei Viertel der Metallarbeiter in Viron, Neuschateau und Hasselt unter drei Franken, in Mons, Tourmai, Löwen, Turnhout, Mecheln und Ath 3—4 Franken und dort in den stark industriellen Bezirken, wo die Arbeiterorganisationen am Besten fundiert sind, wie in Gent, Brüssel, Charleroi 4—5 Franken täglich bekommen.

Der Lohnzahlungsmodus. Der Lohnzahlungsmodus wurde bei 94.531 Metallarbeitern ermittelt.

Table showing wage payment methods: 'Nach Zeit werden gezahlt' (Total 72047) and 'Nach Quantität (Stückarbeit) werden gezahlt' (Total 21884).

Neben und mit diesen Zahlungsmodi ist auch das Prämienwesen im Schwung. Zur Zeit der Zahlung (1896) war es auf 18.917 Arbeiter (für alle Industrien) ausgedehnt, wovon 15.851 allein auf im Zeitlohn Arbeitende entfielen. Mittlerweile hat es sich riesig, besonders in der Metallindustrie, ausgedehnt. Die vielen Klagen,

1 Hierunter befinden sich 1393 Arbeiter, die überhaupt keinen Lohn erhalten. 2 Hierunter befinden sich Arbeiter, welche Kost und Logis beim Meister erhalten.

3 Der Lohn kollektiv gezahlt heißt, daß dieser im Gegensatz zur individuellen Zahlung nicht an den Einzelnen, sondern an die Partie oder Kolonne gezahlt wird.

die hierüber in den Arbeiterkreisen laut werden, beweisen, daß dies nur ein raffiniertes Ausbrennungsmittel ist.

Neben den Löhnen erhalten auch 1888 Arbeiter (für alle Industrien) noch einen Teil des Geschäftsüberschusses. Es sind dies sechs Etablissements, darunter sich eine Maschinenfabrik und ein Etablissement für Heizungsanlagen befinden.

Ein Arbeits- und Industrierað in Norwegen.

Das norwegische Odelsting wandte sich im Februar d. Jrs. an die Regierung mit dem Ersuchen, der Frage bezüglich Einführung eines Arbeitsraths zum Bestand der Gewerbeinspektion näher zu treten und event. dem nächsten Störthing die bezügliche Vorlage zu machen. Anfangs September hat nun das Ministerium des Innern an sämtliche gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen sowie Arbeitgebervereinigungen Zirkulare geschickt, mit der Aufforderung, ihre Meinung zu der betreffenden Frage zu äußern. Man hat sich diese Einrichtung nach dem Muster des durch das neue dänische Fabrikgesetz geschaffenen Arbeitsrathes gedacht. Der norwegische Verein für Handwerk und Industrie, auf dessen Anregung die Frage überhaupt zur Erörterung gelangte, hat nun den Vorschlag gemacht, einen Industrierað zu schaffen, der alle Fragen und Vorschläge, Handwerk und Industrie betreffend, eingehend behandeln und seine Anschauung resp. Gutachten darüber abgeben soll. Dieser Industrierað soll aus Vertretern der Handwerks- und Industriebetriebe, der Arbeiter, gewählt von den Arbeiterorganisationen, bestehen, ferner aus je einem Mitglied des Ingenieur- und Architektenvereins und des polytechnischen Vereins in Christiania. Zu den Verhandlungen dieses Industrieraðes haben auch die Gewerbeinspektoren, der Vorstand der Reichsversicherungsanstalt usw. Zutritt, üben jedoch nur beratende Stimme aus. Arbeitgebervereine der verschiedenen Berufe, welche in ihren Betrieben zusammen mindestens 1000 Arbeiter beschäftigen, haben ebenfalls einen Vertreter in den Industrierað zu entsenden. Alle Kosten trägt die Staatskasse.

Soweit der Vorschlag des genannten Vereins. Das Ministerium des Innern will nun eine Kombination dieses Industrieraðes mit einem zugleich einzusetzenden Arbeitsrath, der zum Teil dieselben Funktionen ausüben soll wie der dänische Arbeitsrath. Es ist zunächst eine 60-gliedrige Vertretung für Handwerk und Industrie einzusetzen, wovon 40 Arbeitgeber und andere Interessenten, sowie 20 Arbeiter. Die „Legislaturperiode“ dieser Vertretung dauert 3 Jahre. Aus ihrer Mitte wird der Industrierað gewählt, der aus 9 Mitgliedern besteht, wovon 6 Arbeitgeber usw. und 3 Arbeiter. Die Wahl hat so vor sich zu gehen, daß die 40 Arbeitgeberrepräsentanten aus ihrer Mitte die 6, die 20 Arbeiter aus ihrer Mitte die 3 Mitglieder des Industrieraðes aussuchen. Zu den Verhandlungen des Industrieraðes sind, wenn erforderlich, auch Sachverständige hinzuzuziehen. Die Pläten sind in der Höhe wie für die Störthingabgeordneten festzusetzen. Die drei Arbeitervertreter des Industrieraðes und drei der 6 andern Mitglieder desselben bilden den Arbeitsrath. Der Vorsitzende wird vom Könige ernannt. Derselbe darf weder Arbeiter noch Arbeitgeber sein. Der Arbeitsrath soll die Aufgabe haben, dem Ministerium des Innern als Sachverständiger in allen die Gewerbeaufsicht berührenden Fragen zur Seite zu stehen. Er hat auch das Recht, Vorschläge zu ihm notwendig erscheinenden Reformen usw. auf diesem Gebiete zu machen. Mehr aber nicht.

Anstatt, daß der in Dänemark geschaffene Arbeitsrath sozusagen eine selbstständige Behörde ist, der weitgehende Befugnisse besitzt, soll der norwegische sich nur mit Rathgeberei und Vorschlagsmacherei beschäftigen. Ein demokratischer Zug liegt allerdings darin, daß zu allen diesen Besitzen sowohl Frauen als Männer gewählt werden können. Das Zirkular enthielt ferner den Organisationsplan des ganzen neu zu schaffenden Organismus, auf den wir jedoch jetzt nicht eingehen wollen. Die verschiedenen Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber werden nun aufgefordert, sich zu den sie speziell angehenden Punkten zu äußern. Uns erscheint unter Anderem der Fall nicht uninteressant, daß auch der König bei der Befugnis des Arbeitsrathes hinzugezogen werden soll. Eine schlimmere Wagnis des Gottesgnadenthums kann man sich in politischer Hinsicht kaum denken. In Schweden hat der König seine Unterschrift zu gegen die Arbeiter sich richtenden Judikationsgesetzen und reaktionären Nachwerken aller Art zu geben, in Norwegen dagegen muß er aktiv sich an rein demokratischen Einrichtungen beteiligen. Der alte Ostar ist thatsächlich nicht zu beneiden.

Carl Brunte.

Arbeiterversicherung. (Schluß.)

Bei der Invaliditäts- und Altersversicherung wird wieder ein anderes Verfahren eingeschlagen. Sie sehen daraus, wie hundertfach die ganze Vergebung ist. Die Krankenversicherung hat einen anderen Kreis Versicherter als die Unfallversicherung, und doch geht das Unfallgesetz von der Voraussetzung aus, daß Jeder gegen Krankheit versichert ist. Einige Leute sind gegen Krankheit und nicht gegen Unfall, andere gegen Unfall, aber nicht gegen Krankheit versichert. Statt eine Einheitlichkeit in die Versicherung hineinzubringen, experimentierte man fortwährend herum, und überall zeigt sich die Unbilligkeit. Zum Unfallversicherungsgesetz steigen die Verpflichtungen von Jahr zu Jahr, und als bei der letzten Reform eine Stärkung des Reservefonds beschlossen wurde, da ließen die Unternehmer dagegen Sturm, weil sie lieber die Zukunft auf Kosten der Gegenwart belasten wollten. Bei der Invaliditätsversicherung, wo das Prämienverfahren besteht, hat sich in den letzten zehn Jahren bereits die Summe von 847 Millionen angesammelt, so daß da nicht nur Dedung für die laufenden Verpflichtungen, sondern sogar

eine reichliche Ueberdeckung vorhanden ist. Nun fragt es sich, was zu thun ist. Als vor der letzten Reform des Unfallversicherungsgesetzes diese Frage im Centralverbande deutscher Industrieller diskutiert wurde, da war es Herr Jente, der den Ausspruch that: Ja, wenn wir tabula rasa (freien Tisch) hätten, würden wir Vieles anders machen. Ja, wenn selbst Herr Jente einzieht, daß es viel besser gemacht werden kann, was hindert ihn denn dann, es besser zu machen? Die Krankentassen haben für ihre laufenden Verpflichtungen vollkommene Deckung, ebenso die Invaliditätsversicherung, nicht aber die Unfallversicherung. Nach meiner Meinung muß das Zahlen für die Unfallversicherung lediglich Sache des Betriebes sein, weil die Kosten des Betriebsunfalles ungewisshafte zu den Betriebsunkosten mit hinzugerechnet werden müssen. Man könnte also die Unfallversicherung vorläufig aus der anderen herauslassen und darauf dringen, daß die Dedung für ihre Verpflichtungen schafft und daß den Versicherern ein größeres Maß von Selbstverwaltung eingeräumt wird. Im Uebrigen aber ist eine Vereinfachung der Versicherung anzustreben, weil ja eine Versicherung sich an die andere anschließt. Zunächst müßte die Krankenversicherung verallgemeinert werden, insofern, als sämtliche Arbeiter und die ihnen gleichstehenden Personen ihr unterworfen werden. Die Leistungen müßten höher werden als heute; diese Mehrbelastungen sind sehr wohl zu tragen, und sie müßten getragen werden, weil sie notwendig sind, denn es trägt doch nicht zur Genesung eines Kranken bei, wenn er während der Krankheit hungert und darbt; das muß er aber bei den gegenwärtigen Unterhaltungsbeiträgen oder aber, wenn es wirklich gelingt, durch Schuldenmachen über die schwerste Zeit hinauszukommen, so ist der Nebenbaleszeit gewöhnlich zu der Zeit, wo er sich auf ärztlichen Rath schonen soll, gezwungen Ueberstunden zu machen, um Schulden zu decken. Von einer selbstständigen Wöchnerinnen-Versicherung, wie sie auf der Frauenkonferenz angeregt wurde, möchte ich absehen, weil wir zu viele Versicherungen haben. Wird die Wöchnerin nicht ausreichend gepflegt, so ist das ein Mangel des Krankenversicherungsgesetzes. Der Wöchnerin müßte eine ausgiebigere Unterbringung als jetzt zu Theil werden. Man glaube nicht, daß sich durch die Erhöhung des Krankengeldes in demselben Maße auch die Läden steigern. Nur vielfach schreitet der Gesundungsprozess viel schneller vorwärts, wenn der Arbeiter während seiner Krankheit ausreichend zu leben hat, als wenn er darben muß, und darum wird eine Erhöhung des Krankengeldes vielleicht eine Kürzung der Krankheitszeit zur Folge haben. Wenn die Versicherung einheitlich ist, so wenn die Krankenversicherung in größeren Verbänden über weitere Kreise zusammenzuschließen ist, so kann man auch viel mehr zu einer Verhütung von Krankheiten thun.

Ebenso wie die Berufsgenossenschaften das Recht haben, Unfallversicherungs-Vorschriften zu erlassen, sollte man auch den Krankentassen das Recht geben, Krankheits-Verhütungsvorschriften zu erlassen. (Sehr richtig!) Denn das Verhindern von Krankheiten ist viel billiger als das Heilen. (Sehr wahr!) Die Krankenversicherung könnte sehr viel zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege beitragen, und in Ausübung dieses Zweckes auch den Ärzten eine standesgemäße Stellung eingeräumt werden. Man fürchte! vielfach von dem Ausbau der Versicherung eine Stärkung des bürokratischen Elements. Dem gegenüber erinnern ich daran, daß einer der Zwecke des Ausbaues der Versicherungsgehe die Bekämpfung der Sozialdemokratie war, und trotzdem konnte Bismarck nicht umhin, gerade in dem Gesetze, wo am meisten zu thun ist, beim Krankenversicherungsgesetze, der Selbstverwaltung einen recht breiten Spielraum einzuräumen. Ja, warum haben Bismarck und Konjorten damals nicht den großen bürokratischen Apparat geschaffen, dessen Einführung man heute fürchtet? Doch nicht, weil es ihnen an böser Absicht gefehlt hat, sondern lediglich, weil sie sich bewußt waren, daß eine solche Versicherung ohne Mitwirkung der Versicherten gar nicht durchzuführen ist. Je größere Gebiete man der Versicherung überweist, desto mehr Spielraum muß man der Selbstverwaltung lassen. Sagen wir doch, daß diejenigen Versicherungsorganisationen, von denen die Arbeiter möglichst ausgeschlossen sind, und wo man es mit dem bürokratischen Apparat versucht, viel theurer arbeiten und nur nothdürftig das gewahren können, was das Gesetz vorschreibt. Und was wir seiner Zeit bei der Verathung des Unfallversicherungsgesetzes verlangten, daß von vornherein die Berufsgenossenschaften einzugreifen haben, da waren es gerade die größten Verehrer der Berufsgenossenschaftlichen Organisation, die sagten, das geht nicht, das muß den Krankentassen überlassen bleiben, die beweglicher sind. Bei der Invaliditäts-Versicherung glaubt man sogar, daß der Organismus selbst nach dreizehnhundertjähriger Krankheit noch eingreifen kann, weil er zu schwerfällig ist. Wenn er aber schon schwerfällig ist, so sollte man wenigstens vermeinen, daß er billig ist. Aber umgekehrt, die Verwaltungsunkosten sind ausnahmsweise hoch. Die Unfallversicherung verbraucht 13,5 Millionen, die Invaliditätsversicherung 11 Millionen, aber die Krankenversicherung nur 10 Millionen, obwohl die Krankenversicherung noch in ganz anderen Fällen eingreifen hat. Ich weise nur darauf hin, daß sie nicht, wie die Unfallversicherung, ihre Renten durch die Post auszahlen läßt. Müßt man ferner die Verwaltungsunkosten an den Entschädigungsbeiträgen, so findet man, daß die Krankenversicherung 5,80, die Unfallversicherung 16,5 und die Invalidenversicherung 12,1 Prozent der Entschädigungsbeiträge als Verwaltungsunkosten verbraucht. Oder rechnet man nach Entschädigungsfällen, so kommt ein einziger Fall in der Krankenversicherung auf 2,51, in der Unfallversicherung auf 19,19, in der Invalidenversicherung auf 12,64 Mk. Also schon vom rein kalkulatorischen Standpunkte aus hat man die auf Selbstverwaltung beruhende Form zu wählen, weil sie die billigste ist; aber auch aus idealen Rücksichten, damit der beabsichtigte Zweck erreicht werden kann.

Soll die Versicherung aber auf voller Selbstverwaltung beruhen, so fragt es sich, ob man dann den anderen Gesellschaftsklassen noch zumuthen kann, Beiträge zu zahlen. Die

dem Beitragszahlen der anderen Klassen ist es eine eigen-  
thümliche Sache. Diese Unternehmerbeiträge, mit denen  
man so proßt, was sind sie? Zahlen die Unternehmer für  
aus ihrer eigenen Tasche? Die Unternehmer klagen sehr  
oft über die hohen Kosten der Versicherungsgehalte, aber  
diese hohen Kosten haben die deutsche Industrie nicht her-  
untergebracht, im Gegenteil, gerade Wöddiker hat auf dem  
letzten internationalen Versicherungskongreß darauf hinge-  
wiesen, daß seit Inkrafttreten der Versicherungsgehalte auch  
der große Aufschwung der Industrie eingeleitet und daß die-  
ser große Aufschwung nicht trotz, sondern wegen der Ver-  
sicherungsgehalte eingetreten sei. Nicht mit Unrecht nannte  
er die Unternehmerbeiträge den feststehenden Theil des  
Lohnes. Bei einer auf Selbstverwaltung aufgebauten Ver-  
sicherung werden die Arbeiter recht vorichtig zu Werke  
gehen; es besteht doch jetzt schon oft eine große Neigung  
unter ihnen, da, wo wirkliche Kranke vorhanden sind, Er-  
mühten zu suchen. (Sehr richtig!) Man wird den Ar-  
beitern ohne Schädigung der Gesamtheit volle Selbst-  
verwaltung gewähren können.

Frägt man sich nun, auf welche Zweige die Versicherung  
ausgedehnt werden soll, so steht oben die Arbeitslosigkeit,  
ein Uebel, das die Armenklassen erheblich belastet, das ebenso  
schlimm wirkt, wie Krankheit und Invalidität, ja sehr oft  
Krankheiten verursacht. Ich habe bereits in der „Neuen  
Zeit“ nachgewiesen, daß wenn das Jahr 1895, in dem wir  
eine Arbeitslosenzählung hatten, ein Durchschnittsjahr der  
Arbeitslosigkeit war, man an jeden Arbeitslosen pro Tag  
der Arbeitslosigkeit 2 Mk. zu zahlen hätte. Dazu würde  
eine Summe von etwa 200 Millionen Mark erforderlich  
sein. Würde man nun ein Drittel der Beiträge auf das  
Reich übernehmen, ein Drittel auf die Arbeiter und ein  
Drittel auf die Arbeitgeber, so hätten wir einen Beitrag zu  
erheben, der nur 15 Prozent höher wäre, als der zur In-  
validitäts- und Altersversicherung. In der Finanzfrage  
würde also das Problem der Arbeitslosen-Unterstützung  
nicht scheitern. Dann aber wäre es auch möglich, daß, wie  
die anderen Versicherungen als Hauptzweck den der Ver-  
sicherung haben, daß auch hier, sei es durch Vanzung  
von Kulturarbeiten, sei es durch Verkürzung der Ar-  
beitszeit, auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit hin-  
gewirkt werden könnte.

Ist nun eine solche Institution wünschenswerth, und  
worauf zunächst vom Standpunkte der Arbeiter? Nach meiner  
Meinung liegt sie im Interesse der Arbeiter, weil diese durch  
nichts mehr geschädigt werden als durch Arbeitslosigkeit.  
Die Arbeitslosigkeit bringt die Arbeiter geistlich herunter,  
ein großer Theil der Wagnunden und der Leute, die buch-  
stäblich im Koche der Landstraße umkommen, würde nicht  
so weit gesunken sein, wenn rechtzeitig vorgebeugt wäre.  
Aber auch als Klasse werden die Arbeiter durch die Arbeits-  
losigkeit geschädigt, sie hat eine chronische Lohnrückerei zur  
Folge, in vielen Unternehmungen sind am Ende einer  
Periode die Löhne ganz erheblich gesunken, obwohl keine  
plötzliche Lohnrückzahlung stattgefunden hat, sondern einzig  
und allein durch die fortgesetzte Einstellung billigerer Ar-  
beitskräfte (Sehr richtig); diese chronische Lohnrückerei  
kann verhindert werden, und es würde dann auch den  
Gewerkschaften manche Kämpfe erspart werden, durch die  
sie das zurückerobern müssen, was ihnen hierdurch entzogen  
worden ist. (Sehr wahr!) Die Bekämpfung der Arbeits-  
losigkeit liegt aber auch im Interesse der Gesamtheit. Als  
in England beim Streik um den Fehmündentag geklagt  
wurde, daß in anderen Ländern die Leute länger arbeiten  
würden, hielt Macaulay dem entgegen: Die Länder mit der  
langen Arbeitszeit brauche man nicht zu fürchten, sie würden  
England nicht schaden; jenseit England einmal von dem  
ersten Platz der Industrie verdrängt werden, so könne das  
nur geschehen durch ein Land mit einem kräftigeren und in-  
telligenteren Arbeiterstand. Gerade durch die lange Ar-  
beitszeit würden die Arbeiter entkräftet. Genau daselbe  
gilt für die Arbeitslosigkeit, sie entkräftet den Arbeiter und  
bringt ihn körperlich und moralisch herunter. Wie geht  
man gegenwärtig mit der Körperkraft der Arbeiter um?  
Auf keinem Gebiet wird ein solcher Nachbau getrieben!  
(Sehr richtig!) Die Arbeitskräfte lassen sich ja leicht er-  
setzen. Würden die Großgrundbesitzer, die heute so ver-  
wegene Vorurtheile, wie die Aufhebung der Freizügigkeit,  
machen, einmal die Ursachen der Landflucht untersuchen, so  
würden sie finden, daß es den Landarbeitern an dauernder  
Arbeit fehlt. Je mehr die Maschinen eingeführt wer-  
den, desto länger werden die Perioden der Arbeitslosigkeit.  
Will man dem entgegen wirken, so gebe man den Arbeitern  
für diese Zeit wenigstens ein Existenzminimum.

Für besonders wichtig halte ich es nun, daß die Versicherung  
selbst die Ursache zu wirtschaftlichen Reformen werden  
kann. Wir haben uns allerdings daran gewöhnt, daß wir  
England nachahmen. England hat zuerst das Ge-  
biet der Arbeitsversicherung betreten und man glaubt,  
genau so wie in England müsse es auch anderswo gemacht  
werden. Aber wer weiß, ob die Engländer, wenn sie die  
Versicherungsgehalte noch einmal kürzten, wieder in der-  
selben Weise vorgehen würden? Doch sei dem, wie immer  
wolle, eine derartige Ausbreitung der Versicherung könnte  
ver Anlaß zu wirtschaftlichen Reformen sein. So lange  
die Arbeiter allein die Lasten der Arbeitslosigkeit zu tragen  
haben, wird man sich allerdings schwerlich entschließen,  
entscheidende Reformen in Angriff zu nehmen. Denn dür-  
fen wir auch, wenn wir England nachahmen wollen, nicht  
unser Recht lassen, wofern Neigung vorhanden ist. Wir müssen  
als Vorkämpfer jede für die beste Situation anstreben. Bei  
uns ist nun einmal die Versicherungs-Gesetzgebung ein Pa-  
rochismus gegenüber dem Auslande geworden. Hier ist  
der Widerstand der Bureaukraten keineswegs so hart, wie  
auf anderen Gebieten, und deshalb sollten wir uns auf die-  
sem Wege versuchen, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf  
acht Stunden oder noch darüber hinaus zu erreichen.  
Haben wir zunächst als Basis eine Organisation, die alle  
Arbeiter umfaßt, so können sich nicht nur unglückliche Zu-  
stände wie in England entwickeln, wo leider die Arbeiter in  
zwei Theile gespalten sind, eine Aristokratie und eine an der  
Spitze des Kampfes-Proletariats stehende. Wir haben  
hier Maßnahmen zu ergreifen für die gesamte Arbeiter-  
schaft. Da nun aber speziell für die Versicherung eine ge-

wisse Neigung vorhanden ist, so müssen wir dem Rechnung  
tragen. Glauben Sie nicht, daß bei der Vornahme der Ar-  
beitslosenzählung auch die Ausdehnung der Versicherung  
auf dieses Gebiet bereits mit erwogen worden ist? Ich  
sprach mit dem Direktor des Statistischen Amtes v. Scheele  
darüber, ob es nicht möglich sei, einmal eine allgemeine  
Lohnstatistik aufzunehmen. Da sagte er, möglich wäre das  
schon, aber das Reich könnte doch nicht umhin, wenn schrei-  
ende Mißstände ermittelt werden, einzugreifen, und was  
sollte das Reich dann thun? (Heiterkeit.) Da sehen Sie  
also, aus welchen Grunde man vor Ermittlungen zurück-  
schreit. Eine Arbeitslosen-Statistik dagegen hat man ver-  
anstaltet und deshalb sollte man auch hier vorwärts  
drängen.

Allerdings gibt es Leute, die einer Arbeitslosen-Ver-  
sicherung sehr abgeneigt sind. Der freimüthige Abg. Leng-  
mann hat sie als „Prämie für Faulenzerei“ bezeichnet.  
(Hört, hört!) So denkt ein Freimüthiger über Arbeiter.  
Warum nennt er denn nicht auch die Feuerversicherung  
eine Prämie für Brandstiftung? (Heiterkeit.) Miß-  
bräuchen bei der Arbeitslosenversicherung könnte man  
leichtsinnig vorbeugen. Auch von einem Zwang zum Streikbruch  
kann keine Rede sein; das Höchste, was man am Ende thun  
könnte, wäre die Entziehung der Unterstützung, und dann  
wäre der Versicherte gerade so weit, wie er jetzt ohne Ver-  
sicherung ist. Weiter wird befürchtet, daß durch eine der-  
artige Ausdehnung der Gesetzgebung auf andere Gebiete die  
Gewerkschaftsbewegung in ihrer Entwicklung gehindert  
werden könnte. Diese Befürchtung ist ungerathen; ich  
will lediglich darauf hinweisen, daß doch die Kranken- und  
Invalidenversicherung es keineswegs gehindert hat, daß die  
bestorganisirte Gewerkschaft in Deutschland, die der Buch-  
drucker-Verband für die Kranken- und Invaliden-  
versicherung ausgegeben hat. Nach ein anderes Bei-  
spiel: zu den Zielen der Gewerkschaften gehört ja nicht  
allein die Arbeitslosen-Unterstützung, sondern auch Ein-  
flussnahme auf die Regelung der Arbeitszeit. Garst man  
nun etwa, daß durch den Ertrag der Wäckerverordnung, die  
eine gewisse Verkürzung der Arbeitszeit für die Wäcker mit  
sich brachte, die Gewerkschaftsbewegung der Wäcker geun-  
tet hat? Nein, im Gegenteil, dadurch ist sie erst recht in  
Umfang gekommen. (Zustimmung.) Es wird immer für die  
Gewerkschaften ein Ansporn bestehen, ihren Mitgliedern  
mehr zu bieten, als durch die Gesetzgebung gegeben wird.  
Anderes wäre es, wenn die eine Versicherung die andere  
ausschließen sollte, wenn die öffentlich rechtlich Versicherten  
nicht in privaten Versicherungen sein dürften und unge-  
kürzt, dann würde allerdings eine Konkurrenz entstehen, die  
unter Umständen verhängnisvoll werden könnte.

Ich komme noch auf ein Gebiet der Versicherung, das in  
letzter Zeit viel diskutiert worden ist, und das jetzt von der  
Zentrumsfraktion berührt werden soll, gewissermaßen als  
Reigenblatt zu dienen für die Sünden, die das Zentrum am  
Polikariff gegen das Volk begeht, nämlich die Witwen- und  
Waisenversicherung. Diese Versicherung ist keine Einbindung  
des Zentrums. Früher hat bereits Stumm sehr auf die  
Einführung einer solchen Versicherung gedrungen, und es  
ist wiederholt in Reichstags-Resolutionen in diesem Sinne  
beschlossen worden. Ganz gewiß ist es ungerathen, wenn  
die Witwe eines Arbeiters, der an einer Krankheit,  
die er im Arbeitsprozeß erworben hat, zu Grunde gegangen  
ist, jetzt nach dem Tode ihres Mannes nichts mehr erhalten  
kann. Aber ich habe bereits vorher gesagt, daß man die  
Erwerbsthätigen ruhig der Unfallversicherung zu-  
schreiben soll; es ist auch die Nothwendigkeit vorhanden,  
eine weitere Witwen- und Waisenunterstützung einzulei-  
ten. Jedoch wäre ich geneigt, den Namen ungedrungen und  
lieber von Waisen- und Witwen-Versicherungen zu  
sprechen, weil die Waisen nach meiner Meinung berück-  
sichtigt werden müssen in erster Linie. Hier zeigt sich das Zen-  
trum wieder einmal in seiner vollen Glorie. Nach Zim-  
mermanns Vorschlag sollte die Witwe 100 Mk., jede Waise  
33 Mk. erhalten. Wie sollen von einem so winzigen Be-  
trage die Waisen leben? Würde man wenigstens das  
geben, was bei dem Tode eines Arbeiters durch einen Un-  
fall jährlich gewährt werden muß. Wenn ein Jahresver-  
dienst von 600 Mk. vorhanden war, so würden das 300 Mk.  
sein; es wären dann sofort 368 Millionen Mark jährlich  
nöthig. In der Versicherung darf man — und darin sehe  
ich ihren Vorzug gegen die Armenpflege — niemals die We-  
hrigkeit in den Vordergrund stellen, sondern ein anderes  
erkennbares Moment. Es ist nun nicht gerechtfertigt, eine  
Witwe anders zu stellen, als eine andere Frau; nehmen  
wir an, zwei Frauen von demselben Alter erwarten zu dem-  
selben Lohn in derselben Fabrik; nun ist die Eine Witwe  
und die Andere nicht, weshalb soll man die Eine nur aus  
dem Grunde, weil sie Witwe ist, eine Unterstützung er-  
halten? Nicht die Waisen, die Waisen- und Kinder-  
versicherung ist die Hauptsache. Wenn der geschliche Er-  
nährer des Kindes, auch des mehrheitlichen Kindes, stirbt,  
muß für die Waisen gesorgt werden. So kann auch der  
Kindererwerb entgegengewirkt werden. Waisen mit zahl-  
reichen Kindern werden durch die Waisenversicherung ja an  
sich schon besser gestellt. Wenn Arbeitsunfähigkeit bei einer  
alleinstehenden Witwe eintritt, dann muß die Invaliden-  
versicherung einprägend ausgedehnt werden, weil sie hier  
eingespart hätte. Während das Zentrum die Waisen-  
versicherung in den Hintergrund schiebt, haben wir alle  
Ursache, sie besonders zu betonen, um so zu entgeglichen  
Zuständen zu gelangen.

Wenn eine allgemeine Arbeiterversicherungs-Organisa-  
tion über das ganze Reich geschaffen wäre, so hätte man  
sich nicht darauf zu beschränken, sie nur den Bedürfnissen des  
Gelezes anzupassen zu lassen, sie müßte vielmehr weiter  
wirken als an dem Ausbau des ganzen Versicherungs-  
wesens. So wie den Ortsklassen eine gewisse Vorarbeit  
eingetragen ist, so muß auch dieser allgemeinen Organi-  
sation die besonders Verdrängungen örtlicher und gewerks-  
chaftlicher Bestrebungen überlassen bleiben, ebenso die Sorge,  
aus Gebiete dem Versicherungswezen zuzuführen.

Ich habe Ihnen eine Resolution vorgelesen, die die  
Ausdehnung der Versicherung auf alle Kreise, die die Ver-  
sicherung nöthig haben, vor schlägt und ihre Ausdehnung  
auf alle Gebiete anregt, wo durch die Versicherung über-

haupt etwas geholfen werden kann, die schließliche volle  
Selbstverwaltung für die Versicherten fordert. Ich bitte  
Sie, diese Resolution anzunehmen. (Stürmischer, lang-  
anhaltender Beifall.)

### IX. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Orts- Kassen Deutschlands.

Vom 5. bis 8. Oktober tagte in Hamburg die neunte  
Jahres-Generalversammlung des Zentralverbandes der  
Ortskrankenkassen Deutschlands. Neben der Erörterung der  
geschäftlichen Angelegenheiten wurden von den circa 200  
delegirten Vorträge entgegengenommen von Dr. Paul  
Schenk-Berlin über: „Alkohol und Krankenkassen“; von  
Dr. J. Klumker-Frankfurt a. M. über: „Fürsorge  
für Erholungsbedürftige“, und von Prof. Stieba-  
Leipzig über: „Arbeitslosenversicherung und Kranken-  
kassen“.

In seinem Vortrage über „Alkohol und Kran-  
kenkassen“ erörterte Dr. Schenk u. A. die Gefahren des  
Alkoholismus vom medizinischen Standpunkt und zeigte, wie  
stark die Belastung der Krankenkassen durch die durch den  
Alkoholgenuß hervorgerufenen Krankheiten und Unfälle ist.  
2000 Personen sterben jährlich in Folge von Trunksucht,  
1600 in Folge von Alkoholisimus durch Selbstmord. Die  
Krankenkassen der Berner, die besonders viel trinken, haben  
eine besonders hohe Krankheitsfälleziffer zu verzeichnen.  
Die Krankenkassen dürfen nicht die Gesichtspunkte der  
Moral in den Vordergrund stellen, sondern müßten sozial-  
politische Ansichten sein. Deshalb dürften Trunksüchtige  
nicht schlechter behandelt werden, als andere Kranke. Die  
Krankenkassen schädigen sich ja auch am letzten Ende selbst,  
denn nicht der einzelne Trunksüchtige allein werde in Wit-  
wenversicherung gezogen, sondern seine ganze Familie gerathe  
ins Elend und falle schließlich dadurch wieder der Kasse zur  
Last. Er rede keineswegs völliger Wahnwitz das Wort.  
Ganz mächtiger Alkoholgenuß sei nicht schädlich. Der Re-  
ferent vertritt seine Ansicht im Zeitfahren, die er nach  
der Diskussion aber zurückzieht.

In der sich sehr interessant gestaltenden Debatte wird  
die Frage des Alkoholmißbrauchs, dessen schwere Schädig-  
ung des menschlichen Organismus Niemand bestreitet, auch  
unter dem sozialpolitischen Gesichtswinkel betrachtet. So  
führte Graf-Frankfurt aus, daß auch andere Faktoren  
als die von dem Referenten angeführten Schuld seien an  
dem Alkoholmißbrauch. Die sozialen Schäden seien es,  
die vielfach die schlecht ernährten Arbeiter dem Alkoholis-  
mus zuführen. Diese gefährliche Volksseuche werde am  
besten dadurch bekämpft, wenn man dafür Sorge trage,  
daß der Arbeiter hinsichtlich seiner Lohnverhältnisse besser  
gestellt werde, damit er mehr für seine Ernährung aus-  
geben könne. Im engsten Zusammenhang damit stehe die  
Wohnungsfrage. Alle diese Faktoren müsse man in Be-  
tracht ziehen, wenn man die Frage erschöpfend behandeln  
wolle. Wenn der Vortragende gemeint habe, Montag  
früh ereigneten sich die meisten Unfälle, so werde von  
anderer einwandfreier Seite behauptet, daß die meisten  
Unfälle am Ende der Woche und kurz vor Schluß der  
Arbeitszeit in Folge der Uebermüdung der Arbeiter vor-  
kommen.

Folgende Resolution Prinz-Rothbus fand Annahme:  
„Die Jahresversammlung hält es im Anschluß an die  
wertvollen Ausführungen des Herrn Dr. Schenk für eine  
wichtige Aufgabe der deutschen Krankenkassen-Verwaltun-  
gen, der Bekämpfung des Alkohols fortlaufend das  
größte Interesse zu widmen und durch fortlaufende Be-  
lehrung der Stabsmitglieder dieses Interesse zu verhalten.  
Im Weiteren hält es die Jahresversammlung für eine  
wichtige Aufgabe der Stabsmitglieder, auch ihrerseits die Mit-  
glieder fortlaufend in entprechender Weise auf die Ge-  
fahren des Alkoholmißbrauchs aufmerksam zu machen.“

„Fürsorge für Erholungsbedürftige“,  
lautete das Thema, das Dr. J. Klumker behandelte.  
Der Referent hebt hervor, daß die Erfahrung gezeigt habe,  
daß die Erholungsheime für Lungkranke ihren Zweck, die  
Bekämpfung der Tuberkulose, nicht voll erfüllen können,  
daß die Fürsorge früher eintreten müsse, so zeitig, daß  
schon die Konstitutionen rechtzeitig gestärkt werden. In  
immer weitere Kreise sei deshalb die Ueberzeugung ge-  
drungen, daß mit der Bekämpfung der Tuberkulose die Für-  
sorge für Genesende untrennbar verknüpft werden muß.  
Es liege im Interesse der Krankenkassen, daß nach allen  
möglichen Krankheiten die Genesenden-Fürsorge eintreten  
müß. Man brauche deshalb nicht einseitig nur die Heim-  
stätten für Genesende zu fördern. Dies sei für die finan-  
ziellen Kräfte der heutigen Krankenkassen meist zu theuer.  
Nur ein geringer Prozentsatz der Klassen könne von den  
Genesendehäusern Gebrauch machen. Billiger und recht  
empfehlenswerth sei die Unterbringung von Genesenden  
bei Familien auf dem Lande. Einzelne Klassen entliehen  
Genesende auf Urlaub zu ihren Verwandten aufs Land  
und zahlten ihnen zum Krankengeld noch einen Zuschuß.  
In eigenen Genesendehäusern wurden von Krankenkassen  
tausend Männer und 2700 Frauen gepflegt. Eine weitere  
Art der Fürsorge für Genesende bildeten die Waldheil-  
anstalten, wo die Genesenden tagsüber theils ganz, theils  
halb gepflegt werden. In Berlin und Frankfurt seien  
gute Erfolge damit erzielt worden. Da in den Wald-  
erholungsstätten nur Tagbetrieb sei, des Nachts die Re-  
konvaleszenten wieder in ihre Bekauungen zurückgebracht  
werden, gestalte sich die Sache nicht allzu theuer. Die Ge-  
nesendehäuser selbst kämpften mit finanziellen Schwierig-  
keiten, weil in ihnen im Winter der schwache Betrieb ist.  
Die Organisation der gesamten Fürsorge für Genesende  
müsse einheitlich gestaltet werden, wenigstens für jede  
einzelne Provinz.

Der Referent empfahl die folgenden Beschlüsse:  
1. Die Fürsorge für Erholungsbedürftige ist eine un-  
entbehrliche Ergänzung jeder Krankenpflege. Das gilt vor  
Allem bei Genesenden nach schweren akuten Erkrankungen,  
ebenso auch bei Genesenden von chronischen Krankheiten  
und bei Erholungsbedürftigen aller Art

2. Diese Fürsorge kann bei den Krankenklassen in den verschiedensten Formen geschehen: Gewährung längerer Schonung, Lieferung von Stärkungsmitteln, Bädern und Dögl., Beurteilung von Verwandten aufs Land mit höchstem Krankengeld, Unterbringung bei Familien auf dem Lande, in Walderholungsstätten und Genesungshäusern.

3. Sie erfordert ein sorgfältiges Hineinergreifen aller Versicherungsarten, um Unterbrechungen der Pflege zu vermeiden. Wo die Versicherungen nicht ausreichen, ist ein rechtzeitiges Eingreifen der privaten und öffentlichen Wohltätigkeit unentbehrlich.

4. Um die ärztlichen Gelegenheiten zu billiger Versorgung der Erholungsbedürftigen recht auszunutzen, sollen alle Einrichtungen dieser Art an einem Orte oder in derselben Gegend durch geeignete Vereine, Vermittlungsstellen usw. in enge Fühlung gebracht werden.

5. Bei der Auswahl für diese Fürsorge ist eine einseitige Bevorzugung bestimmter Krankheiten zu vermeiden, vielmehr nur nach dem möglichen Erfolge der Kur zu entscheiden. Gerade zur Vorbeugung gegen die Tuberkulose ist dies der beste Weg. Die Zusammenlegung von leichten Fällen der Tuberkulose mit anderen Erkrankten, wie sie vielfach geübt wird, ist unbedenklich, wenn geeignete Vorkehrungen getroffen sind (getrennte Schlafräume, Ernährung zu richtiger Behandlung des Auswurfs, Desinfektion).

6. Bei Genesungshäusern ist ihre volle Ausnutzung auch im Winter anzustreben. Der stärkere Andrang im Sommer ist durch Organisationen mit geringen Umlagen (Walderholungsstätten, Familienpflege) zu versorgen.

7. Einrichtungen auf diesem Gebiete zu schaffen, ist neben den größeren Krankenklassen in erster Linie Sache von Staat, Gemeinden, Versicherungsanstalten. Die private gemeinnützige Tätigkeit, die zur Zeit nicht entbehrt werden kann, sollte von ihnen aufs Kräftigste unterstützt werden.

In scharfer Weise polemisiert der Redner gegen die Berufsvereinsführer wegen ihrer Engstirnigkeit bei Verwaltung von Renten. Die Berufsvereinsführer schädigen sich überdies dadurch selbst, denn später fielen ihnen die durch nicht rechtzeitiges Eingreifen Ruinieren doch zur Last. Notwendig sei es auch, daß die Krankenklassen den Mitgliedern befristet seien, die ihnen zuzustehenden Renten zu erhalten. Sehr häufig verschlechtere der leidige Kampf um die Rente den seelischen und körperlichen Zustand der Kranken. (Lebh. Beifall.)

Nach kurzer Diskussion wurden die Leitsätze des Referenten mit einer Resolution Wendlandt-Regensburg angenommen, in der es für dringend geboten erklärt wird, daß der weitere Ausbau der Konsumaleszentripflege nur möglich ist auf Grund einer Zentralisation der Krankenklasseneinrichtungen am Ort und die Gründung von Massenverbänden über den Bezirk der Aufsichtsbereiche.

Zunächst: „Arbeitslosenversicherung und Krankenkassen“, behandelte Prof. Stieda folgende Leitsätze:

- 1) Das Interesse für die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist neuerdings durch den Rückgang in vielen Geschäftszweigen und die bei den Krankenkassen um sich greifende Simulation besonders wachgerufen.
- 2) Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wäre an sich wünschenswert und notwendig, obwohl sie an Bedeutung hinter der Krankenversicherung zurücksteht.
- 3) Es ist nicht möglich, die für eine Versicherung im modernen Sinne unentbehrlichen statistischen Grundlagen für eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu beschaffen. Auch sind in der praktischen Durchführung große Schwierigkeiten zu überwinden: Begriff des unbeschäftigten Arbeitslosen, Zahlung bei Streiks, Vergütung nur für eine bestimmte Anzahl von Wochen im Jahr, Kontrolle usw.
- 4) Die in St. Gallen und Bern unternommenen Versuche, eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu organisieren, befriedigen nicht. Sie beschäftigen mehr Wohltätigkeit als Versicherung.
- 5) Die finanziellen Erfolge der städtischen Versicherungsanstalten gegen Arbeitslosigkeit beruhen auf bestimmten örtlichen Verhältnissen. Nach diese Klasse ist keine eigenständige Versicherungsanstalt.
- 6) Die Arbeitslosigkeit ist im Wesentlichen auf drei Gruppen von Ursachen zurückzuführen:
  - a. auf den Wechsel der Jahreszeiten. Für eine Versicherung in diesen Fällen müßten besondere Prämienanfätze aufgestellt werden;
  - b. auf die täglichen Vorkommnisse im geschäftlichen Leben. Es ist sehr fraglich, ob man es bei ihr mit einer regelmäßig in gleichem Umfang wiederkehrenden Erscheinung zu thun hat. Ein zweckmäßig organisierter, zentraler, statistischer Arbeitsnachweis wäre hier wirksamer;
  - c. auf allgemeine und spezielle Krisen. An Regelmäßigkeit der Wiederkehr in demselben Umfang ist nicht zu denken, mithin auch kein korrekter Prämienantrieb aufstellbar.
- 7) Es ist nicht ausgeschlossen, daß in einer einzigen Reichsanstalt alle diese verschiedenen Risiken ausgeglichen werden könnten. Ein zuverlässiger Prämienantrieb würde sich aber selbst dann nicht aufstellen lassen. Das Reich als solches müßte das nicht zu umgehende Risiko auf sich nehmen.
- 8) Mehr zu empfehlen ist eine im Anschluß an den öffentlichen Arbeitsnachweis von der Kommune ins Leben zu rufende, reichlich zu dotierende Klasse nach dem Muster Kölns.

Der Referent führte dazu aus: Die Arbeitslosenversicherung könne als größte Tat des vorigen Jahrhunderts bezeichnet werden, aber sie sei noch unzulänglich. Es fehle noch die Arbeitslosenversicherung. Der Gedanke breche sich immer wieder Bahn, im Reichstag sei schon ein Antrag auf Ausdehnung einer Arbeitslosen-Versicherung gestellt worden. Die Krise und die Organisation der Krankenkassen, wie sie heute bestehen, drängen zur Arbeitslosenversicherung. Vielfach werde Krankheit vorgehüllt, wo nur Arbeitslosigkeit oder eine Krankheit vorhanden sei.

Der Segen einer Arbeitslosenversicherung liege auf der Hand. Die Arbeitslosigkeit ziehe neben wirtschaftlichem Elend moralische Verwilderung nach sich. Zur Ehre der deutschen Arbeiterschaft sei es aber gesagt, daß kurze Beschäftigungslosigkeit allzumehr demokratisierende Folgen nicht hat. In Frankfurt a. M. sei nachgewiesen, daß zur Zeit der beginnenden Krise der Besuch der Geschäften und Bibliotheken nachs. Die Voraussetzung einer Arbeitslosenversicherung sei eine Arbeitslosenstatistik. Erst auf Grund einer solchen statistischen Aufnahme lasse sich übersehen, welche Summen nötig seien zur Durchführung der Versicherung. Freilich verursache eine solche Arbeitslosenzählung sehr große Kosten. Eine einzige Krise könnte auch Beobachtungen von vielen Jahren nutzlos machen. Welche schon die Schaffung der Grundlage ungeheure Schwierigkeiten, so zeige die Ausführung keine geringeren Hindernisse. Schon der Begriff der unbeschäftigten Arbeitslosigkeit mache große Schwierigkeiten. Wohin rühre man Arbeitslosigkeit, die in Folge zu schlechter Löhne, zu drückender Arbeitsbedingungen eintritt? Arbeitnehmer und Arbeitgeber würden da selten einig sein. Zur Schlichtung der Streitigkeiten würden sich Gewerbevereine in Permanenz erklären müssen. Bedenklich sei auch die Begrenzung der Bezahlung von Arbeitslosengeld. Andererseits werde es schwer sein, ohne willkürliche Begrenzung auszukommen. Eine weitere Schwierigkeit mache die Frage des Arbeitszwanges. Dürfe man einem gelernten Arbeiter ungelernete Arbeit zumuthen? Müßte ein früher besser bezahlter Arbeiter eine viel schlechter dotierte Stelle annehmen? Thatsache sei, daß ein Qualitätsarbeiter leichter wieder Stellung findet, als minder geschickte Arbeiter. Reiche die Solidarität soweit, daß der Qualitätsarbeiter stets gern für die Anderen bezahle wird? Es könne deshalb nicht wunder nehmen, daß bisher Versuche der Arbeitslosenversicherung nicht geblüht sind. Die Arbeitslosigkeit ist in den verschiedenen Branchen auf ganz verschiedene Ursachen zurückzuführen. Die Saisonarbeiter seien ebenfalls anders zu behandeln, wie andere Arbeiter. Eine zweite Gruppe der Arbeitslosigkeit werde durch Fluktuation der Bevölkerung hervorgerufen, eine dritte Gruppe durch die Arbeitsunlustigen, eine weitere, die schlimmste, durch die Krisen. Wirtschaftliche Depression, Veränderung der Mode hätten Misgeschick im Gefolge. Dieser so hervorgerufenen Arbeitslosigkeit sei am schwersten zu begegnen. Ein Recht auf Arbeit gäbe es heute nicht, kein Staat sei in der Lage, Jedem, der arbeiten wolle, Arbeit zu geben. Auch deshalb halte er eine allgemeine Arbeitslosenversicherung durch das Reich für schwer möglich. Das Reich würde ein unheimliches Risiko übernehmen müssen, besonders kann man an ein Fortschreiten Deutschlands zum reinen Industriestaat denke. Bei der Arbeitslosenversicherung lägen eben die Dinge anders wie bei jeder anderen Versicherung. Daß andererseits etwas geschehen müsse, um die Not zu lindern, darüber seien wohl alle einig. Eine Veränderung der jetzigen Wirtschaftsweise sei in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Die Durchführung einer anderen Eigentumsordnung erweise ihn so wenig wünschenswert als wahrscheinlich. Das Einzige, was geschehen könne, sei eine bessere Ausgestaltung des Arbeitsnachweises durch Zentralisation. Das Kölner Beispiel sei da immer noch das Nachahmenswerthe. Der Reichslandwirtschaftliche Vorlag der Arbeitslosenversicherung durch Eingliederung in den Rahmen des Krankenkassengesetzes sei nicht acceptabel. Mit erheblicher Steigerung der Beiträge sei nur ein sehr geringes Arbeitslosengeld zu erzielen. Die Versuche der Gewerkschaften seien anerkenntniswerth, aber noch viel zu klein, um große Bedeutung beanspruchen zu können.

In der Diskussion nimmt zunächst das Wort Reichslandwirtschaftsminister v. Elm-Hamburg: Die Ausführungen des Prof. Stieda waren mir sehr interessant, in sehr vielen Punkten bin ich seiner Meinung, in anderen Punkten nicht. Ich kann dem im Punkt 2 der Leitsätze ausgesprochenen Satze, daß die Arbeitslosenversicherung hinter der Krankenversicherung zurücksteht, nicht zustimmen. Es gibt mehr Arbeitslosigkeit als Krankheit, die Folgen der Arbeitslosigkeit sind meines Erachtens auch nicht weniger schlimm, als die Krankheit. Ich halte es für wichtig zu sagen, die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist notwendig, schon weil sie eine notwendige Ergänzung der Krankenversicherung ist. Sie würde eine große Entlastung der Krankenkassen herbeiführen. Weiter möchte ich die Fassung des Abs. 3 beanstanden. Eine statistische Grundlage für die Arbeitslosigkeit zu schaffen ist schwierig, aber nicht unmöglich. Nicht hat Herr Professor Stieda mit seinen Einwänden gegen die Versicherung durch das Reich. Es fragt sich aber, ob die kommunale Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu empfehlen ist. Wenn etwas geschehen kann, so ist es nur auf zentralistischer Grundlage möglich. Bei kommunaler Versicherung würde der Arbeiter unter Umständen in einer anderen Stadt seiner Ansprüche verlustig gehen. Eine kommunale Versicherung würde nur die Schaffung eines zentralistischen Arbeitsnachweises hindern. Die praktischen Schwierigkeiten sind so enorme, daß ich nicht glaube, daß sie auf dem Wege zu beseitigen sind, daß von Arbeitnehmern und Arbeitgebern der Begriff der unbeschäftigten Arbeitslosigkeit festgesetzt werden könne. Viel aussichtsreicher ist die Verwirklichung und Durchführung der Versicherung, wenn man den Arbeitern allein das Selbstverwaltungsberechtigt einräumt. Die Gewerkschaften müssen die Träger der Arbeitslosenversicherung sein. Den Voranschlag Thüringens halte ich für unbedenklich, schon weil die Krankenversicherung keine vollständige und einheitliche ist, dann, weil er für die Krankenkassen eine ungeheure Belastung involvire. Heute gibt es nur einen gangbaren Vorschlag, indem das Reich und die Einzelstaaten den Gewerkschaften Zuwendungen machen. Der damit ausgesprochene Zwang zum Beitritt in die Gewerkschaften kann kein Hindernisgrund sein. Wir haben ja auch sonst Zwangsorganisationen. Ich halte es für richtig, daß die Arbeitgeber und Arbeitnehmer organisiert werden. Bei anerkannten Organisationen beider Theile würden sich viele Differenzen viel leichter als heute beseitigen lassen. Es ist also keineswegs gefährlich, sondern direkt notwendig, daß die Arbeiter in die Gewerkschaften hineinkommen. Die feindselige Stellung der Reichsgewalten gegen die Gewerkschaften ist ja noch vorhanden, doch schon im Schwinden begriffen. Prinzipiell bin ich also für das Obligatorium. Heute ist die Forderung noch nicht aufzustellen. Ist aber erst die Mehrheit der Arbeiter organisiert, so kann man die Minderheit zum Beitritt zwingen. Gute Organisationen gab es heute schon sehr respektable Summen für Arbeitslosenversicherung. Man kann das nicht so geringfügig abhandeln, wie es der Referent gethan hat. Es muß deshalb den Arbeitern immer wieder empfohlen werden, in ihren beruflichen Organisationen die Arbeitslosenversicherung einzuführen oder auszubauen. Die Unterstützung der Gewerkschaften muß die Grundlage der allgemeinen Arbeitslosenversicherung bilden. Das Vorhandensein enormer Schwierigkeiten gebe ich zu. Die Arbeitslosenversicherung ist anders geartet wie alle übrigen Arbeiterversicherungen, sie ist nicht zu trennen von den beruflichen Organisationen. Die Zeit ist noch nicht da, eine Entscheidung zu treffen. Ich kann Sie nur bitten, sich heute nicht festzuliegen. Das Einzige, was Sie thun können, ist die Förderung der beruflichen Arbeiter-Organisationen. Das thun Sie nach besten Kräften, Sie erwischen damit auch den Krankenklassen einen Dienst.

Die weitere Diskussion war sehr rege und sind zu dem Punkte eine Anzahl Resolutionen eingegangen, die einer Redaktionskommission überzulesen werden. Folgende, von der Redaktionskommission vorgelegene Resolution fand nach kurzer Debatte fast einstimmige Annahme:

„In der Erwägung, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung ein zur Zeit noch nicht gelöstes Problem der Gegenwart bedeutet, daß es aber im dringenden Interesse der Krankenkassen als soziale Einrichtung liegt, an der Lösung des Problems mitzuwirken, erklärt die heutige Jahresversammlung, daß es darauf ankommt:

1. daß statistische Grundlagen für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung geschaffen werden,
2. daß zur Entlastung der Krankenkassen durch eine Arbeitslosenversicherung nur eine Eingliederung der gesamten versicherten Arbeiter in die Arbeitslosenversicherung beitragen kann,
3. daß die Arbeitslosen-Unterstützung mindestens die Höhe und Dauer der Krankenunterstützung erreichen müsse.

Bei der Erlangung von statistischem Material ist von Reichsorgan unter Mitwirkung derjenigen Stellen, die bisher schon mit den Ermittlungen über die Lage des Arbeitsmarktes sich erfolgreich beschäftigt, noch einheitlichem Gesichtspunkt zu verfahren. Die Unterstützung der Krankenkassen, Gewerkschaften und sonstigen Verbänden, der Personen aus Reichsmitteln und die Mitwirkung der Reichsbehörden bei den zu veranstaltenden Erhebungen ist unerlässlich.

Die Krankenkassen sind schließlich der Ansicht, daß die Arbeitsmarktverhältnisse erst dann geregelt werden, wenn die größten Arbeitgeber: der Staat und die Gemeinde und die Internation zur Arbeitslosenversicherung herangezogen werden.“

Nachdem sich die Versammlung mit den Beschlüssen des 30. Vertikaltages befaßt hatte, fand folgende Resolution Annahme:

„Die Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen erklärt in den Beschlüssen des 30. Deutschen Vertikaltages, den Generalbestimmungen der Krankenkassen die finanzielle Lage zu Grunde zu legen und Personen mit Gesamtvermögen von über 2000 Mark von der Krankenversicherung auszuschließen, den Ansehens einseitiger Interessentpolitik.“

Nach Befürwortung durch Simonowitsch-Verlin werden die folgenden Anträge der Zentralkommission der Krankenkassen Verlesung angenommen:

„1. Die deutschen Landesregierungen sind zu ersuchen, in allen Universitätsstädten hydrotherapeutische Institute, wie ein solches in Berlin bereits durchgeführt ist, zu errichten, und dieselben den Krankenkassenmitgliedern zur Benutzung zu öffnen.“

2. Der Kongreß empfiehlt, wo es angängig ist, die Bildung von Bezirkskommissionen zur Unterstützung der Krankenkassenmitglieder im Unfallverfahren.“

Auf Antrag Brück-Frankfurt a. M. wird beschlossen: „Die Ortskrankenkassen des deutschen Reiches verpflichten sich behufs Verwendung der Errichtung von Vertriebskrankenkassen und Baukrankenkassen den größeren Bau-gewerkschaften ihres Gemeindebezirkes die Unterstützung zu geben, daß sie bei Ausfühungen von Bauten an wohnsteden Orten, auch wenn dieselben längere Zeit beanspruchen, die Versicherung ihres kassenpflichtigen Personals ausschließlich bei der Ortskrankenkasse ihres Hauptbetriebs betreiben können.“

Ferner wird ein Antrag: „Die in Berlin erscheinende von Herrn Paul Stamm-meyer in Cronberg i. T. redigirte Deutsche Krankenkassen-Zeitung möge als Organ des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich erklärt werden“ angenommen.

Ein von Brück-Coblenz beschriebener Antrag, daß, so lange das „Tuberkulium Kochii“ als allgemein anerkanntes Heilmittel gegen Tuberkulose ärztlich nicht gilt — abgesehen von der Verwendung zu diagnostischen Zwecken — die kurative Tuberkulosebehandlung in den Lungensanatorien nur mit Einverständnis der Heil-pflichtigen angestanden ist und daß Letzteren aus einer Verweigerung der Anwendung irgend welche Verant-wortung seitens der Versicherungsanstalten nicht erwachsen darf, wird, obwohl sie Dr. Lechhoff für völlig überflüssig erklärt, da kein Arzt das Recht der Anwendung ohne Einverständnis des Patienten hat, angenommen.

Als Ort für die nächste Jahresversammlung wurde Breslau gewählt.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

## Bekanntmachung.

Bezüglich der Ueberweisung eines Arbeitslosen an eine andere Verwaltungsstelle zur Kontrolle und Auszahlung bitten wir Nachstehendes zu beachten:

Die Ueberweisung eines arbeitslosen Mitgliedes von einem zu einem andern Orte kann nicht in jedem Fall auf jedes Verlangen hin erfolgen, sondern es müssen hierzu immerhin gewichtige Gründe vorliegen. Diese Gründe sind von der Ortsverwaltung (dem Geschäftsführer) auf alle Fälle zu prüfen. Außerdem ist aber in jedem Falle, in dem eine Ueberweisung nach einem anderen Orte stattfinden soll, die Ortsverwaltung (der Geschäftsführer) des für die Ueberweisung in Aussicht genommenen Ortes von der Ueberweisung in Kenntnis zu setzen und um Erhebung etwaiger Einwände anzugehen. Erfolgen Einwände seitens der anderen Ortsverwaltung (Geschäftsführers) innerhalb einer Woche nicht, so kann die Ueberweisung ohne Bedenken erfolgen. Es empfiehlt sich aber auch dann, die Ortsverwaltung (den Geschäftsführer) des Ortes, nach dem überwiesen wird, kurz von der nunmehr erfolgenden Ueberweisung zu verständigen. Eine Verständigung mit der Ortsverwaltung (dem Geschäftsführer) des anderen Ortes ist schon deswegen notwendig, weil es vorkommen kann, daß an dem anderen Orte irgendwelche Verhältnisse die Vermehrung der Arbeitslosen nicht thunlich erscheinen lassen. Wird seitens der angeregten Ortsverwaltung (Geschäftsführers) einer etwaigen Ueberweisung widersprochen, so hat die Ueberweisung zu unterbleiben. Ueberhaupt wird es sich empfehlen, von dem Recht der Ueberweisung nur in dringenden Fällen Gebrauch zu machen. Am besten wäre es, wenn man sich allenthalben nur darauf beschränkte, diejenigen Mitglieder an einen anderen Arbeitsort zu überweisen, bei denen Familienverhältnisse es angebracht erscheinen lassen. Hat zum Beispiel ein Familienvater außerhalb seines Wohnortes Arbeit erhalten und ist vorerst ohne Familie nach dem neuen Arbeitsorte gezogen, so ist es wohl angebracht, wenn im Falle einer ihm an dem neuen Arbeitsorte zustoßenden Arbeitslosigkeit auf seinen Wunsch seine Ueberweisung nach dem Wohnort seiner Familie stattfindet.

Bei der Ueberweisung ist noch besonders darauf zu achten, daß an dem für die Ueberweisung in Aussicht genommenen Orte auch die Möglichkeit einer ausreichenden Kontrolle des Arbeitslosen gegeben ist.

Nach durch Vorstandsbesanntmachung im Verbandsorgan als gesperrt veröffentlichten Orten dürfen Ueberweisungen auf keinen Fall stattfinden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkassie die Erhebung eines Extrabeitrages gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle Weifenfels die Erhebung eines monatlichen Extrabeitrages von 10 Pfg. per Mitglied.

Nachstehende aus dem Verbandsstatut nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Duedlinburg: der Dreher Karl Wernicke, geb. zu Hebersleben am 22. März 1869, Buch-Nr. 229,965, wegen gegen den Verband betriebener Agitation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: der Gobler Paul Holzhausen, geb. zu Berlin am 16. Dezember 1865, Buch-Nr. 470,205, wegen disziplinarischen Verhaltens durch unethische Ueberzeitarbeit.

Wieder ausmachsfähig sind:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Nürnberg, Sektion der Zinngießer:

der Zinngießer Johann Krümer alias Jürgens, geb. zu Friedersheim am 11. März 1881, Buch-Nr. 224,129, wegen unkollegialen Verhaltens;

der Gärtler Hans Schütz, geb. zu Neuenstein am 24. Oktober 1879, Buch-Nr. 447,525, wegen unkollegialen Verhaltens.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß bezw. Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt:

Dem Uhrmacher Christi an Lauch, geb. zu Schweningen am 4. Juli 1879, Buch-Nr. 336,247, nach dem von der Verwaltungsstelle in Billingen gestellten Antrage, daß er von sich zum Beitritt meldender Kollegen Beitritts-geld nicht zu einem Beitrag entgegengenommen, diese Gelder aber nicht an die Verwaltung abgibt, sondern in eigenem Nutzen verwendet hat.

Dem Schmied Heinrich Meierholz, geb. zu Baberow am 16. Oktober 1862, Buch-Nr. 489,519, nach dem von der Verwaltungsstelle Hannover, Sektion der Schmiede, gestellten Antrage Verweigerung von 16 Mk. für Sekretariats- und Verbandsbeitragsmarken.

Alle für den Verband bestimmten Selbstabgaben sind zu richten, und ist auf dem Postamt genau zu bezeichnen, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

Chedor Werner, Stuttgart, Rote-Str. 16 b

Alle für den Verband bestimmten Selbstabgaben sind zu richten, und ist auf dem Postamt genau zu bezeichnen, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

Chedor Werner, Stuttgart, Rote-Str. 16 b

Alle für den Verband bestimmten Selbstabgaben sind zu richten, und ist auf dem Postamt genau zu bezeichnen, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

Chedor Werner, Stuttgart, Rote-Str. 16 b

Alle für den Verband bestimmten Selbstabgaben sind zu richten, und ist auf dem Postamt genau zu bezeichnen, wofür das Geld vereinnahmt ist.

# Korrespondenzen.

## Feilenhauer.

**Biebrich.** In der Maschinenfabrik Philippi u. Kalkbrenner, G. m. b. H., in Wiesbaden-Dohheim sind zur Zeit drei Feilenhauer beschäftigt, welche die Feilen für den Gebrauch in der Fabrik herstellen. Am 3. Oktober wurde den Feilenhauern eine 10prozentige Lohnreduktion angekündigt, worauf am 4. Oktober die Betreffenden das Arbeitsverhältnis kündigten. Wir denken, der süddeutsche Handtarif (Metertpreis) ist schlecht genug. Wir bitten, den Bezug fern zu halten.

## Formier.

**Barmen.** Wegen schwebender Differenzen ist Zugang nach hier möglichst zu vermeiden. Durchreisende Kollegen werden ersucht, keine Umschau zu halten, sondern sich vorher beim Geschäftsführer der Verwaltungsstelle zu erkundigen.

**Solingen.** Für die Temperformer allerorts dürfte es rathsam erscheinen, von den Vorkäufen der Gebr. Schmidt abzuspielen und abgepielt haben. Lohnreduzierungen und schlechte Behandlung trieben die Kollegen in den Streik. Nach sechswochentlichem Kampfe mußte die Firma kapitulieren. Der Streik hatte die Konkursklärung der Firma zur Folge. Die dort arbeitenden Kollegen mußten ihre Löhnungen einbringen. Die Gesamtforderungen der Arbeiter belaufen sich auf 8-800 Mk. Während des Konkursverfahrens übernahm der Vater der Gebr. Schmidt die Gießerei. Lohnausfall, Abschlagszahlungen, Klagen gegen die Firma und deren Verantheilung waren die chronologische Reihenfolge der Ereignisse, welche schließlich das Ergebnis zeitigten, daß trotz des schlechten Geschäftsganges Formier nicht mehr erhältlich waren. Am 27. September gelangte eine Klage vor dem Gewerbegericht zum Austrag, bei der Postkarten zur Verleistung gelangten, die zeigten, welche Manipulationen die Firma treibt, um Arbeiter zu erhalten. Interessant ist auch eine Postkarte des Meisters dieser Firma, welche an den Kläger gerichtet war und darin „freundschäftlich“ mitgeteilt wird, nicht nach hier zu kommen, weil — die Firma nur zu oft, trotz aller Versprechungen, die Formier nicht bezahle. Eine weitere Kritik oder Mahnung an die auswärtigen Kollegen hinzuzufügen, halten wir für überflüssig. Wer die offenen Thatsachen nicht beachtet, der verdient einen Ausweis bei der Firma Schmidt durchzumachen.

## Metallarbeiter.

**Berlin.** Die Rohrleger nahmen am Sonntag, den 5. Oktober, in einer stark besuchten Versammlung die von der Lohnkommission ausgearbeitete Vorlage zum neuen Tarif einstimmig an. Die Hauptbestimmungen desselben sind: Neunstündige Arbeitszeit; Minimallohn von 60 Pfg. für Rohrleger und 40 Pfg. für Helfer, vom 1. April 1903 ab für jede Kategorie 5 Pfg. pro Stunde mehr. 50 Proz. Zuschlag für Nacht- und Feiertagsarbeit; Ausschluß jeder Art von Zusatzleistungen für auswärtige Arbeiter 3 Mk. pro Tag; falls Kost und Logis gemährt werden 1,50 Mk. pro Tag für Rohrleger und Helfer. Fahrgeld ebent. Jahrgeldvergütung; Lohnzahlung am Sonnabend eine und vor den Feiertagen zwei Stunden vor Feiertagabend. Gutes und genügendes Nistholz und Gehege, sowie ausreichendes und brauchbares Werkzeug. — Der Gehilfenausweis hat diese Forderungen bereits dem Innungsvorstande übermitteln, Verhandlungen darüber werden voraussichtlich am Dienstag stattfinden. Unter allen Umständen soll die Kommission und Verbandsleitung darauf bringen, daß der jetzt zustande kommende Tarif von jedem Unternehmer unterjährig anerkannt wird. Auf die bloße mündliche Anerkennung kann nicht mehr derselbe Werth gelegt werden, weil etwa ein Drittel sämtlicher Betriebsinhaber die im bisherigen Tarif enthaltenen Bestimmungen trotz Zusage einfach durchbrochen haben. — Bis jetzt haben sich die Arbeiter von 87 Betrieben für und nur von 2 Betrieben gegen den Eintritt in die Lohnbewegung erklärt. Sollte es zu einer Arbeitsniederlegung kommen, so werden dadurch gegen 3000 Arbeiter in Mitleidenenschaft gezogen. Die Versammlung gab ihrer Entschlossenheit Ausdruck, mit aller Energie dahin zu streben, daß die Rohrleger endlich dieselben Löhne erhalten, wie andere qualifizierte Bauarbeiter.

**Chemnitz.** Zugang von Mechanikern und Polirern nach Chemnitz ist fern zu halten, da die Arbeiter der Feilzeugfabrik von Appelt wegen Lohnreduktion und sonstiger Mißstände im Betriebe ihre Kündigung einreichten. Da Herr Appelt betont, daß Alle gehen könnten, weil er Leute genug bekomme, so treten die Feilzeugmacher am 18. Oktober in den Ausstand. Sicher wird der Unternehmer versuchen, Käufer nach Auswärts zu schicken, und kommt hier hauptsächlich eine Halle'sche Firma (Döbel) in Frage.

**Chemnitz.** In der Metallwaarenfabrik von Oskar Sonnenstein sind 9 Metallbrüder ausgesperrt worden, weil sie Erklärung gegen die fortwährende Reduktion der Arbeiterpreise nahmen. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Verlag.** In der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik Gröner haben die Schleiher wegen Reduktion die Arbeit eingestellt. Zugang ist fernzuhalten.

**Hannover.** Der Streik der Arbeiter der Firma Kiehnmann u. Abnehmer in St. Berkel ist nach zehntägiger Dauer durch beiderseitiges Einigenkommen beendet worden. Der Inhaber der Firma, welcher absolut nicht unterhandeln wollte, vor allen Dingen aber mit dem „Kerl von Sintergar“ nichts zu thun haben wollte, sah sich doch herabgelassen, nachzugeben, als die Arbeiter wie ein Mann die Arbeit niederlegten und die erwarteten Streikbrecher ausschließen. Die Arbeiter haben lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen, d. h. weil die Mehrheit nicht unterjüngungsberähmigte Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes waren, sich auf eine Einigung eingelassen. Wir hoffen aber über kurz oder lang das Uebrige nachzuholen. Wir geben den gesamten Metallarbeitern Hannovers den Rath: Organisiert Euch, so lange es Zeit ist, damit Ihr in Zeiten der Noth Euren Mann sehen könnt.

**Wülferlein-Nue.** In einem der letzten Lohnstage wurde einem Theile der Arbeiter in der Gießerei der Firma Erdmann Kirchs, Maschinenfabrik und Eisengießerei in Wülferlein-Nue ein Lohnabzug von 2 Pfg. pro Stunde gemacht, ohne daß den betroffenen Arbeitern vorher Mittheilung gemacht wäre. Die Lohnreduktion kommt zu einer Zeit, wo die Lebensmittel ganz enorm gestiegen sind, sowie die Lebensverhältnisse der Arbeiter ganz allgemein eine bedeutende Verschlechterung erfahren haben. Das Vorgehen der Firma ist unverantwortlich. Daß die Lebensmittel auch hier gestiegen sind, beweist doch schon der Umstand, daß die verhältnismäßig zahlreichen Beamten in dem betreffenden Betrieb Steuerzuschüsse schon vor Jahresfrist erhalten haben, man spricht von 15 Prozent. Die betroffenen Arbeiter sind auch vorstellig geworden, doch wurde ihnen erklärt, der Guß werde zu teuer, und sie sollten froh sein, daß sie jetzt noch zehn Stunden arbeiten könnten. Es ist ihnen sogar zu verstehen gegeben worden, daß noch weitere Abzüge gemacht werden könnten. Seit einiger Zeit sind hier Verhältnisse eingetreten, die von einem Wohlwollen der Firma für die Arbeiter gerade nicht zeugen. So wurde bei Vergehen im Betriebe Arbeiter, speziell Schlosser, als Strafe 3 Pfg. die Stunde auf die Dauer gefügt; eine Strafe, die in schroffem Widerspruch steht mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung, mußten die Arbeiter stillschweigend hinnehmen, ohne zu murren, falls sie nicht wollen, daß ihnen das Fabriktor geschlossen wird. Die Arbeiter haben eben noch nicht begriffen, wie sie sich wehren können, sonst wäre ihnen schon längst der Gedanke gekommen, sich zu organisieren. Dafür sind die Arbeiter der Firma Kirchs aber nicht zu haben. In allen möglichen Klubs und Vereinen glängen sie, täuschen andere Leute über ihre wirtschaftliche Lage, um hier und da mit Honoratioren und höheren Beamten zusammen sein zu können. Nachher geht der Dalkes wieder los. Arbeiter und Arbeiterinnen von Nue, Köpzig und Umgebung, nur an Euch liegt es, Eure Lage zu verbessern! Es kann dies aber nur geschehen, wenn Ihr Euch politisch und gewerkschaftlich organisiert. Wenn der letzte Mann dem Aufstand, der hiermit an Euch ergreift, dann seid Ihr eine Macht, der man Beachtung schenken muß und vor der die Unterehmer Respekt haben. Darum nochmals, Arbeiter und Arbeiterinnen des Erzgebirges, hinein in die Organisation!

**Köln-Indenthal.** Der Streik in den Köln-Indenthaler Metallwerken ist durch beiderseitiges Einigenkommen beendet und wurde Montag, den 13. Oktober, allgemein die Arbeit wieder aufgenommen.

**Ludwigshafen.** Die Metallwaarenfabrik von Friedrich Wetter steht in allen größeren Städten Deutschlands Arbeiter. Es gibt nicht leicht ein zweites Geschäft, in dem so viel Arbeiterbeschäftigt ist. Löhne von 25-35 Pfg. pro Stunde erhalten tüchtige Fleischer, Metallbrüder usw. Die Behandlung, welche den Leuten zu Theil wird, veranlaßt die Verwaltung des D. M.-V., Herrn Wetter zu schreiben, damit er seinen Meistern klar macht, daß sich ein Arbeiter nicht als Lausjunge anwenden lassen braucht und auch nicht Ohrfeigen angetragen wünscht. Herr Wetter antwortete, er wünsche eine solche Behandlung seiner Arbeiter nicht und werde sie auch nicht dulden; dafür aber warte er seinen Arbeitern mit einer Fabrikordnung auf, die ihresgleichen nicht. Strafe muß sein, hätte er auch Titelblatt schreiben sollen, denn jeder Veranlagung endet mit Strafbestimmungen. Acht Tage steht der Lohn, damit Herr Wetter ja nichts einbüßen kann, wenn einmal ein Arbeiter ohne Kündigung gehen sollte. Der Arbeiterausschuß, der die Fabrikordnung gut hieß, besteht zu 1/4 aus Meistern. Der Zweck dieser Feilen soll sein, die Kollegen von diesem „Eldorado“ fernzuhalten, denn so lange Herr Wetter immer wieder von Auswärts Leute herkommen, kann er mit ihnen machen was er will. Die Kollegen, die von weit her kommen, haben ihr Geld weggenommen; hier bleiben thun sie doch nicht, wie wir schon zu Genüge gesehen haben. Den Arbeitern, die hier sind, aber rufen wir zu: Organisiert Euch Mann für Mann, geschlossen könnt Ihr Eure Lage verbessern!

**München.** Welche glorreiche Erfolge der Indifferentismus und die Uneinigkeit der Arbeiter erzielen können, dafür liefert das „E i e n w e r t M i n n e n“ den schlagendsten Beweis. Bei Gründung dieses Establishments auf dem Sendlinger Oberfeld verstand es die Betriebsleitung, die ehemaligen Mordehischen Arbeiter gegen die ehemaligen Kiehlingschen Arbeiter auszuspielen und umgekehrt. Trotz aller Ermahnungen konnten die Leute nicht begreifen, daß dies ihr Untergang sein wird. Die Betriebsleitung ist in den Mitteln, die Arbeiter gegen einander aufzubringen nicht sehr wählerisch, sie verstand ferner, einen Arbeiter zu bezorgen, um bei den Anderen den Neid zu erwecken. Nach § 8 der Arbeitsordnung erhalten die tüchtigen und fleißigen Arbeiter den Titel „Monteur“ resp. „Obermonteur“. Diese wurden auch mit annehmbaren Stundenlöhnen bedacht, wofür man deren Helfer usw. mit den niedrigeren Stundenlöhnen abford. Die abanzigten und besser bezahlten Arbeiter lobten diese Einrichtung über die „Schellenböng“ und jeder der im Gerüche stand, hier nicht anzukommen, wurde „berbissen“, oder wenn sich gar ein Helfer erlaubte, „gegen den Stachel zu loden“, so durfte er sich sein, bald auf das Pflaster gesetzt zu werden. Außerdem sorgte und sorgte noch die seitens der Betriebsleitung im Großbetriebe Vereinsmücherei und Betriebsleitung zu machen und fördern. Ein Gesangsverein, eine Feuerwehr, ein „Pomp“, Pardon, Spatverein und ein Schützenverein stehen unter dem Protektorate der Betriebsleitung, die Arbeiter vor den Anzweiflungen und Schern bewahren. Wie schon irrt nicht die Harmonie und Einheit zu Tage, wenn an diversen Festlichkeiten die hohen und höchsten Chefs nicht nur theilnehmen, sondern sich herablassen, mit schlichten Arbeiterfrauen zu tanzen. Wie wie sein, wenn die Frau „Kommersienträgerin“ an der Seite des Arbeiters sich im Tanze wiegt. Mit reichlichen Spenden die Münchener Metallarbeiterkassie auf ein solches zudeckendes Bild. Jedoch, mit des Geldeses Mächten sein ewiger Bund zu schließen, und das Unglück schrei „schnell“. Und so kam es, daß im verflohenen Sommer

Abwechslung 4 Meister den Laufpaß erhielten. Die „Itanenerwerthe Einigkeit“ der Arbeiter hatte sich schon soweit eingemurgelt, daß, als der erste Meister gegangen wurde, die drei Andern auch keine Freude mehr hatten. Einer davon hat allerdings wieder den Weg retour gefunden. Drei sind noch nicht erreicht. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß der reduzierte Arbeiterstand eine solche „Mabikatur“ nötig machte, wurde doch kurze Zeit darauf in die Welt hinausposaunt: „100 Arbeiter seien neu eingestellt worden und 50 würden noch aufgenommen.“ Thatsächlich ist jedoch der Arbeiterstand gegenwärtig um zirka 150 Mann niedriger als vor zwei Jahren, oder um 40 Mann niedriger als vor einem Jahre, dagegen nur um zirka 50 Mann höher als zu Anfang dieses Jahres. Und das trotz der 150 Neueinstellungen. Um die Arbeiter war es ja den Herren übrigens nicht zu thun, diese durften tagelang unsonst auf Grund der damaligen Reklame ihre Schlußreden nach dem Sendlinger Oberfeld ablaufen. Doch der Wörsenrummel ist „geglückt“, der Kurs der Papiere „schnellte“ von 71 auf 74,50 in die Höhe, um allerdings bald darauf auf 70 herabfallen zu können. Den „armen“ Aktionären ist zwar noch ein Minimallohn (7 Prozent) garantiert und sie werden sich hoffentlich damit über die „schlechten Zeiten“ hinwegsetzen können. Den Arbeitern möchten wir aber raten, sich zu versichern, damit, wenn nächstens die Aktionäre zu streiken anfangen, da ihr Minimallohn wegfällt, sie nicht mit leerem Magen „spazieren“ gehen müssen. Einen Vorschlag, wie die Rentabilität gehoben werden kann, möchten wir nicht unterlassen. Wie wärs, wenn auch die Herren Werkmeister, Betriebschefs, sammt den Aktionären für 22 Pfg. pro Stunde am Schraubstock arbeiten wollten? Also, nicht nur die Meister kamen unter die Räder, die ehemals gehätschelten, mit besseren Löhnen bedachten Arbeiter wurden ebenfalls zu rheuer. Mancher, der noch nicht gegangen, läßt die Flügel hängen. Eine Medaille gebührt auch dem Erfinder des dort üblichen Affordsystems. Der Herr „Monteur“ oder „Obermonteur“ muß die Arbeit in Afford übernehmen, so z. B. ein Feld der Unterfahrt der Pisen- und Geisstraße; die Summe wird wohl angegeben, aber der gute Mann hat nicht nur die Schloßarbeiten zu machen, nein, er muß den Tagelöhner, den Krabbenführer, sowie die sämtlichen Helfer: den Schmied, Schlosser, Hobler, Bohrer und Anstreicher, und was mit der Montage noch zusammenhängt, bezahlen. Man muß wirklich staunen über die Intelligenz dieser Arbeiter, die einen solchen Afford auch nur kalkulieren können. Davon dürfte es auch kommen, daß sie keine Zeit haben, sich der Organisation anzuschließen. Der Affordzettel muß natürlich unterschrieben werden. Es genügt zwar nicht so genau, hat man dies übersehen, so ist Herr Meister Waffe so gut und besorgt es selbst oder er läßt es besorgen. Ist der Afford dann fertig, so bekommt der „Monteur“ oder „Obermonteur“ den Ueberzuschuss heraus, den er dann unter die Helfer vertheilt, wobei es schon öfter vorgekommen ist, daß Bohrer, Hobler und Helfer, trotzdem sie feste in Afford geschuftet hatten, kaum ein paar Groschen Affordverdienst erhalten haben. Ist so ein „Ewigkeitsafford“ fertig, so braucht die Firma noch 21 Tage, um kalkulieren zu können, ob der Ueberzuschuss schon ausbezahlt werden kann. Die Kalkulationszeit wird jedoch verständlich, wenn man erfährt, daß es vorkommt, daß der Ueberzuschuss nicht ausbezahlt wird, weil Andere an ihrem Afford Unterbilanz gemacht haben, die durch den Ueberzuschuss gedeckt werden muß! Eine Fierde der Wertleistung ist Meister Wrands, der gern als „Ableit“ sich schmeicheln hört. Dieser Herr, der es bis zum Meister brachte, versteht das Antreiben besonders. Er genirt sich nicht, den Arbeitern zu zeigen, wie man arbeiten muß, um seine Ansprüche zu befriedigen. Mit den „Athen“, meint er, müsse ausgeräumt werden, da sie zu hohe Löhne hätten. Für diese hat er auch keine Arbeit, obgleich die Maschinenarbeiter gezwungen werden, Ueberstunden zu machen. Wer sich weigert, wird — rausgeschmissen. Man weiß, daß die „Stundenlohnterei“ bereits so weit gediehen ist, daß zwei Maschinenisten, die in der Erwerbsfähigkeit beschränkt sind, zweimal je 35 Stunden arbeiten, bis sie nach Hause geschickt wurden. Solchen Gesellen das Handwort zu legen, fällt aber niemand ein, das sind die richtigen Arbeiter im Eisenwerk München, die man brauchen kann. Den Arbeitern, die durch Unmöglichkeit so „herrliche Erfolge“ erzielt haben, zuzumuten, sich zu organisieren, wäre des Guten zu viel verlangt. Wozu hätten sie auch nötig? Sollte aber die „böse Preisse“ wieder Unheil angerichtet haben, so erlauben wir uns, dies in Rücksicht auf die Börsenpapierchen zu bedauern. gr.

Schiffersstadt. Ein größeres Wirtschaftskafal war am Sonntag, den 15. Oktober zum Erdrücken voll, um das Referat des Kollegen Probst, der über die „Soziale Lage der Arbeiter und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“ sprach, anzuhören. In anderthalbstündigen Ausführungen führte Redner den Anwesenden die Notlage der Arbeiter vor Augen sowie die Ursachen derselben, um zum Schluß die Notwendigkeit der Organisation zu schildern. Was eine Organisation leisten kann, zeigte der Deutsche Metallarbeiterverband. Mit der Aufforderung, dem Verbands beizutreten, schloß der Referent seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion meldeten sich zwei Redner zum Wort, die sich den Ausführungen des Referenten anschlossen. Mit einem Schlusssatz des Letzteren fand die erste Metallarbeiterversammlung in Schiffersstadt ihr Ende. Wir können damit zufrieden sein. Gern werden wir der vorgezeichneten Einladung Folge leisten und eine weitere Versammlung abhalten. Kein Hindernis ist unüberwindbar, das sich man am Besten an diesem Orte, der für uns unermessbar erproben. Die Brosche ist gelegt, auf die weitere Ausfülle erfolgen können.

**Rundschau.**

„Die Deutsche Arbeiter-Zeitung“ liegt nun in zwei Nummern vor und läßt erkennen, daß Geisteskind sie ist. Dieser wurde die Meinung der Scharfmacher von gut begabten Fachkräften gemacht. Aus dem Organ der

„Interessen der gesamten deutschen Arbeitgeber“ erfahren wir die Bestimmungen der Scharfmacher aus erster Hand. Die Generalsekretäre, Direktoren, Obergemeinder, Obermeister usw. gehen gleich aufs Ganze. Ein Artikel in Nr. 1, verfaßt von Rudolf Ditzes, Syndikus des Vereins deutscher Schiffswerften und des Vereins der Papierfabrikanten, verbreitet sich über die Streik-Klausel in Lieferungsverträgen. Natürlich ist nach Ditzes die Aufnahme der Streik-Klausel eine vollenberechtigte Forderung der Unternehmer. Er bringt es fertig, zu behaupten, der Arbeitgeber, der an den im Vertrag festgesetzten Lieferungsstermin gebunden ist, sei — wörtlich — „den Arbeitern gegenüber völlig wehrlos und in Wahrheit der wirtschaftlich Schwächere“. Die Streik-Klausel sei nicht „unsozial“, sondern lediglich ein Mittel, „die Arbeitgeber mit den Arbeitern gleichzustellen“. Insbesondere seien die Kommunalbehörden verpflichtet zur allgemeinen Einführung der Streik-Klausel, nach welcher bekanntlich der Termin für eine Lieferung um so viel Zeit hinausgeschoben wird, als ein etwa während der Lieferungszeit ausgebrochener Streik gedauert hat. — Die armen „völlig wehrlosen“ Großunternehmer! Daß sie nur eine Tarifgemeinschaft auf bestimmte Zeit mit den Arbeitern eingehen brauchen, um vor jedem Streik gesichert zu sein, daran denken sie nicht. Wohl aber erinnern sie sich wahrscheinlich mit sattem Behagen des Kroups vor zwei Jahren, als die Hamburger Werftbesitzer den Termin zur Lieferung von Schiffsbauten nicht einhalten konnten und, um den hohen Konventionalstrafen zu entgehen, eine allgemeine Aussperrung inszenierten, so daß sie von der Streik-Klausel Gebrauch machen konnten und keine Strafe für verzögerte Lieferung zu zahlen brauchten.

Ueber den Drehtreibe bei Vorfing verbrennet sich in einem weiteren Artikel der Direktor der Ziegler Vorfingwerke, Herr Hans Dorn. Interessant ist in dem Artikel das Eingeständnis, daß die Forderung der Dreher auf einen Mindestlohn von 50 Pfg. pro Stunde nicht in erster Linie um deswillen abgelehnt worden sei, weil das Werk die Forderung nicht habe zahlen können, sondern weil die Firma Vorfing „im Interesse der gesamten Maschinenindustrie, ja im Dienste der industriellen Entwicklung Deutschlands die Forderung ablehnen mußte.“ Die industrielle Entwicklung Deutschlands hängt also davon ab, daß die Firma Vorfing nicht einen Mindestlohn von 50 Pfg. den Dreherm garantirt! Und dabei rechnet der Artikel aus, daß bereits jetzt der Durchschnittslohn für sämtliche Dreher 55,8 Pfg. beträgt. Die Arbeiter verlangen 6 Pfg. weniger garantirt, als sie nach Dorn bereits verdienen, und trotzdem ist damit die industrielle Entwicklung Deutschlands — warum nicht auch die von Südafrika? — in Frage gestellt. Selbstverständlich hört nach Dorn die „Strebsamkeit“ der Arbeiter auf, wenn ihnen ein fester Stundenlohn gewährleistet wird. Ob Herr Dorn wohl auch seinen Direktorposten in Affordlohn versteht? Und ob wohl alle die unzähligen in festem Gehalt stehenden privaten und staatlichen Beamten ihre Pflicht nicht erfüllen, weil sie eben festen Gehalt haben? Doch richtig: Das sind ja Beamte; diese haben ja ein ganz anderes Ehr- und Pflichtgefühl, als die Kanakillen von Arbeitern, denen man immer die Hungerpeitsche über dem Rücken schwingen muß, wenn sie nicht in Faulheit verfallen sollen.

Aus der Nr. 2 erfahren wir, daß die Forme der Firma L. Brunauer u. Co., Maschinenfabrik und Eisengießerei in Berlin, sich „durch herabsetzungsmäßige Geheer das Wohlwollen ihrer Arbeitgeber verschmerzen lassen.“ Ein schmeidiger Draufgänger ist der Geschäftsführer der Metallindustrie in Dresden, Herr Oberst a. O. Fr. Dierbeck, er schließt seine Ausführungen mit folgender dringender Ermahnung: „Deutsche Industrielle, rührt euch beizeiten! Schließt euch gerade jetzt zu Verbänden zusammen und haltet auf's Strengste auf die Befolgung ihrer Satzungen. Schafft Arbeitsnachweise, die eure Interessen vertreten. Mit paritätischen Nachweisen ist euch nicht gedient. Scheut jetzt die kleinen Friedensausgaben nicht. Der Kampf mit den Gewerkschaften bleibt dank der Heerei der Agitatoren nicht aus und wird euch dann, wenn ihr nicht schon vorbereitet seid — eine Organisation ist dann im letzten Moment nicht mehr ausführbar — ungeheure Summen an geschäftlichen Verlusten und Barauslagen kosten, wenn er nicht gar ganze Industriezweige ruiniert!“

Huh, Huh! So geht es im schneidigsten Scharfmacher-ton weiter. Auf die weiteren Leistungen dieses Unternehmerorgans darf man einigermaßen gespannt sein.

Die Wahl eines Sekretärs und eines Bureaubeamten für das Zentralarbeitersekretariat vollzog der Gewerkschaftsausschuß in seiner Sitzung vom 26. September. Es waren insgesamt 104 Bewerbungen eingegangen; davon 16 für den Posten eines Sekretärs und 88 für den des Bureaubeamten. Zum Sekretär wurde Robert Schmidt in Berlin, zum Bureaubeamten Gustav Bauer in Berlin gewählt.

Lehrlingsausbeutung, um das Handwerk konkurrenzfähig zu erhalten. Die Handwerkerkammer Usm unterzieht sich in ihrer Sitzung vom 3. September über die Höchstzahl von Lehrlingen, die gleichzeitig von einem Meister ausgebildet werden dürfen. Während von der einen Seite empfohlen wurde, eine allgemeine Regelung eintreten zu lassen und im Voraus zu bestimmen, wie viele Lehrlinge jeder Meister halten dürfe, wurde von anderer Seite geltend gemacht, daß gerade durch eine größere Zahl von Lehrlingen mancher Kleinmeister noch mitkonkurrieren könne, da er infolge seiner billigen Arbeitskräfte auch billige Arbeit liefern kann; der Schutz des Kleinhandwerks sei aber als eine der Hauptaufgaben der Handwerkskammer zu betrachten. Bislang schrien die Kleinmeister immer über Verkleumdung, wenn wir konstatierten, daß Kleinhandwerker nur sich über Wasser halten können, die in Lehrlingsausbeutung machen. Hier wird zum Schutze der Kleinmeister die Lehrlingsausbeutung für nötig erachtet. Von Gewerkschaften zeigt ein solches Verhalten nicht.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hielt am 9. und 10. Oktober in Berlin seine dritte Verbandsversammlung und Arbeitsnachweiskonferenz ab. Der Verband, dem auch das Reichsamt des Innern einen einmaligen Beitrag von 1500 Mk. beigesteuert hat, zählt 128 Mitgliedschaften, und zwar 70 kommunale und 58 Vereinsarbeitsnachweise. Ueber die Verhandlungen berichten wir in nächster Nummer ausführlicher.

Der Beirath für Arbeiterstatistik, die neue Körperschaft, welcher die Arbeiten der früheren Kommission für Arbeiterstatistik zugewiesen sind, wird am 22. Oktober zum ersten Male im Gebäude des Statistischen Amtes zusammentreten. Der Beirath besteht aus folgenden Personen: Präsident des Statistischen Amtes Dr. Wilhelm, Vorsitzender, sächsischer Geheimrath Dr. Fischer, stellvertretender Vorsitzender. Von Bundesrath sind folgende Mitglieder gewählt: Preussischer Geheim. Regierungsrath Neumann, bayerischer Regierungsrath für Fabriken und Gewerbe, Regierungsrath Boelath, württembergischer Bundesbevollmächtigter v. Schöner, badischer Geheim. Ober-Regierungsvollmächtigter v. Schöner, badischer Geheim. Ministerialrath Braun und der meiningische Regierungsrath Oberländer. Von Reichstags gewählte Mitglieder sind: Bauermeister (M.), Deyl zu Hertsheim (M.), Dike u. Lötcha (Z.), Jakobstötter (A.), Moltenbühr (S.), Schmidt-Oberfeld (Bp.). Die Tagesordnung der ersten Sitzung besteht u. A. aus folgenden Besatzungsgegenständen: 1) Bericht über die bisherige Tätigkeit der Abteilung für Arbeiterstatistik. Berichtserfasser: der Vorsitzende Dr. Wilhelm. 2) Entwurf der Geschäftsordnung des Beiraths für Arbeiterstatistik. Berichtserfasser: Dr. Fischer. 3) Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift durch die Abteilung für Arbeiterstatistik.

Besonders bemerkenswerth ist Punkt 3 der Tagesordnung, die Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift durch die Abteilung für Arbeiterstatistik. Diese Absicht beweist, daß ununterbrochen gearbeitet werden soll. Die Kommission für Arbeiterstatistik ließ auch die Resultate ihrer Arbeiten drucken, jedoch erschienen die „Protokolle“ und „Erhebungen“ nur dann, wenn etwas vorlag. In der letzten Zeit bestand das Jahresprogramm in wenigen Seiten starken Protokollen. Eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift wird sich nicht damit begnügen können, nur Sitzungsprotokolle und Erhebungsergebnisse mitzutheilen, sondern sie wird das ganze Gebiet der Arbeiterstatistik berücksichtigen müssen. Da das Tätigkeitsfeld des jetzigen Beiraths nicht so eng begrenzt ist, wie es das Gebiet der Kommission für Arbeiterstatistik war, so läßt sich erwarten, daß die Arbeiterstatistik im Ganzen weiter ausgebaut wird. Wahrscheinlich wird man auch die Streikstatistik, die jetzt in den Vierteljahrsheften der Statistik des deutschen Reiches publizirt wird, dieser Zeitschrift zuweisen.

**Briefkasten.**

Former, Gbing. Wenn Sie Differenzen mit dem Hauptvorstand haben, dann erledigen Sie dieselben schriftlich, aber nicht durch die Zeitung.  
Gannst. Der Raum unserer Zeitung ist doch zu werthvoll, als daß wir allen Unsinn abdrucken und widerlegen, den Agitatoren der S.-D. Gewerkschaften reben.

**Verbands-Anzeigen.**  
**Mitglieder-Versammlungen.**

In jeder Versammlung finden Ausnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

- Altruburg.** Samstag, den 18. Okt., Abends halb 9 Uhr, Laube-Vortrag im „Waldschloßchen“.
- Fischersleben.** Sonntag, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, in Schräbers Lokal vor dem Wasserthor.
- Baden-Baden.** Samstag, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Bratwurftglockle, Steinstraße.
- Barmen.** Samstag, den 25. Okt., Abends punkt halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5, Barmen.
- Bauhen.** Sonntag, den 26. Oktober, Vormittags halb 11 Uhr, im Goldenen Anker.
- Berlin.** Sonntag, 19. Oktober, Vormittags 10 Uhr, Rohrleger und Helfer bei Keller, Koppenstraße 29. — Sonntag, den 19. Oktober, Vormittags 10 Uhr, Hobler, Bohrer, Fräser u. i. w. bei Fischer, Waldstraße 8. — Sonntag, den 19. Oktober, Vormittags 10 Uhr, Feilenarbeiter bei Gasse, Lindowstraße 26. — Sonntag, den 19. Oktober, Vormittags 10 Uhr, Morgenbracke der Schraubendreher bei Wegel, Brangelfstraße 13. — Mittwoch, den 22. Oktober, Abends halb 9 Uhr, für Beschneeweide bei Kaufhold, Wilhelmstrasse 18. — Sonntag, den 26. Oktober, Vormittags 10 Uhr, Klempner im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15, Saal 4.
- Berlin.** Konferenzen der Vertrauensleute: Montag, den 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Konferenz der gesamten Vertrauensleute Berlins im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15, Saal 4. — Sonnabend, den 18. Oktober, Abends halb 9 Uhr, für Moabit bei Fischer, Waldstraße 8. — Mittwoch, den 22. Oktober, Abends halb 9 Uhr, für den Süden im Gewerkschaftshaus, Saal 1. — Donnerstag, den 30. Oktober, Abends halb 9 Uhr, für die Schlosser im Gewerkschaftshaus. — Donnerstag, den 30. Oktober, Abends halb 9 Uhr, für die Mechaniker im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15.
- Peruburg.** Sonnabend, den 25. Okt., Abends 8 Uhr, Steinstraße 2-4.
- Sielesfeld.** (Klempner.) Samstag, den 25. Okt., Abends 7 Uhr, bei A. Indiestel, Bürgerweg 14.
- Sielesfeld.** Sonntag, den 19. Okt., Vormittags 10 Uhr, kombinierte Versammlung bei A. Indiestel, Bürgerweg 14.
- Sonn.** Samstag, den 18. Okt., Abends 9 Uhr, bei Fabender, Rajernstraße.
- Braunschweig.** (Allg.) Sonnabend, den 18. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.
- Bremen.** Sonnabend, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr im Vereinshaus, Sandenstraße 21/22.

**Canstätt.** (Schmiede.) Samstag, den 18. Oktober, Abends 8 Uhr, in der Ente, Marktstraße.

**Colmar i. G.** Samstag, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, in der Wirtschaft Walbenwed.

**Crimmitschau.** Sonnabend, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Ahnerts Restaurant, Johannisgasse.

**Detmold.** Samstag, den 18. Okt., bei Gellrich, Hornsche-straße 11.

**Dortmund.** (Allg.) Samstag, 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, I. Kampstr. 73.

**Durlach.** Samstag, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Alten Frit.

**Elbing.** (Former.) Sonnabend, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Essen-Altendorf.** Samstag, 25. Okt., Abends 8 Uhr, bei Hartmann.

**Feuerbach.** Samstag, den 25. Okt., Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Flensburg.** (Allg.) Sonnabend, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Mühlenpavillon.

**Frankenthal.** Sonntag, den 19. Okt., Nachm. 3 Uhr, bei Wargand, Welfchgasse 33. Abrechnung vom 3. Quartal. Gewerbegerichtswahl und Vorschlag der Kandidaten. Kartellbericht.

**Frankfurt a. M.-Hochheim.** Samstag, 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Stolzestr. 13/15. — Für den Bezirk Oberrad: Montag, den 27. Okt., Abends halb 9 Uhr, im „Laurus“, Offenbacherlandstraße 246.

**Freiburg i. B.** Samstag, den 25. Okt., Abends 8 Uhr, bei Schwante.

**Freising.** Sonntag, den 26. Oktober, Vormittags 10 Uhr.

**Gebweiler.** Samstag, den 18. Okt., Abends 8 Uhr, bei Wed, Lachgasse.

**Gewelsberg.** (Allg.) Sonntag, den 26. Okt., Nachmittags halb 5 Uhr, bei R. Hafenberg.

**Göppingen.** Samstag, 18. Okt., Abends 8 Uhr, im Lokal „Dreikönig“.

**Guben.** Sonnabend, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Volksgarten.

**Halberstadt.** Sonnabend, den 25. Okt., Abends 8 Uhr, bei Max Bollmann, Patenstraße 63.

**Hannover.** (Klempner.) Sonnabend, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Böttcher, Langestr. 2.

**Hannover-Inden.** (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Chr. Fiene, Rademacherstr. 1.

**Harburg.** Sonnabend, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei E. Bissenhop, I. Bergstr. 7.

**Hoslach.** Samstag, 25. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Restaurant „Kipke“.

**Heilbronn.** Samstag, 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, in der „Rose“.

**Hmenau.** Sonntag, den 26. Oktober, Vorm. 10 Uhr.

**Kassel.** Sonnabend, den 18. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Lokale Buchbach, Schiefergasse 33.

**Kiel.** (Klempner.) Dienstag, den 21. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Englischen Garten.

**Köln-Indenthal.** Sonntag, den 19. Okt., Nachmittags 3 Uhr, bei Franz Ringels, Dürerstraße 244.

**Lahr.** Sonntag, den 26. Oktober, Nachmittags 3 Uhr.

**Leisnig.** Sonntag, den 26. Okt., Vormittags 10 Uhr, bei Hermann Schulze, Neuforge.

**Lienich.** Sonnabend, den 25. Okt., im Gasthof zum Preussischen Hof.

**Ludenwalde.** Montag, den 20. Okt., Abends 8 Uhr, bei Otto Schulz, Beelitzerstraße 34.

**Ludwigshafen a. Rh.** Samstag, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Wittelsbacher Hof, Ede Jäger- und Magstr.

**Mainz.** Samstag, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Rothemann, Pfaffengasse.

**Menselwitz S.-A.** Sonnabend, den 25. Okt., bei Frommhold im Restaurant „Glück auf“, eine Treppe.

**Niederselk.** Montag, den 20. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Lehmanns Restaurant, Groß-Platz.

**Nossen.** Sonnabend, den 18. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Häbler.

**Nürnberg.** (Kunst- und Bauhölzer.) Samstag, den 25. Okt., im kleinen Saale des Café West.

**Nürnberg.** (Kochgießer, Gürtler und Metallmacher.) Samstag, den 25. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Maxim Behaim.

**Ochligs.** Samstag, den 25. Okt., Abends 9 Uhr, bei Heim. Kornweibel.

**Odenburg.** Sonnabend, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei E. Wehrkamp, Kurwiltstraße.

**Oßersleben.** Sonntag, 26. Okt., Vorm. 9 Uhr, bei Siebert, Heurnhauerstraße 33.

**Pirna a. d. E.** Sonnabend, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im „Weißen Hof“.

**Pößneck.** Mittwoch, den 22. Okt., Abends halb 9 Uhr, in der „Barnowhalle“.

**Roslan.** Sonnabend, den 25. Okt., bei Schreiber, Feldstr.

**Siegen.** Sonnabend, den 18. Oktober, in der Germania. Vortrag des Kollegen Hübnier über: „Nützliche Verhältnisse“.

**Söllingen.** (Wüstereifabrikanten-Abend.) Freitag, 24. Okt., Abends 8 Uhr, bei Albert Monhoff, Köhlerstraße.

**Stralsund.** Sonnabend, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Arbeiter-Klub, Seelowstr. 19.

**Strasbourg i. E.** Samstag, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Nagel, Weighausstraße 1.

**Süßigart.** Samstag, den 25. Okt., im Gewerkschaftshaus zum Gold. Haren, Spingerstr. 17/19.

**Süßthalde.** Sonntag, den 26. Okt., Abends 5 Uhr, bei Wittwe Detelshoven, Lichtbildervortrag.

**Telbert.** Samstag, 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Heim. Dittig, Poststr. 53.

**Wiesbaden.** (Spengler und Installateur.) Samstag, den 18. Oktober, Abends 9 Uhr, bei Seelgen, Adlerstr. 6. Seitens des Kassiers werden die Mitgliedsbücher zur Revision eingezogen.

**Witten.** Samstag, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Bürgergarten.

**Zaffenhäuser.** Samstag, den 25. Okt., Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Rössel, Rosenstr. 48.

**Altenburg.** Den zureisenden Formern zur Kenntnis, daß das Umschauen hier streng verboten ist. Arbeitsnachweis und Auszahlung eines Ertragescheines hat der Bevollmächtigte.

**Bamken.** Sonntag, den 26. Oktober, Vormittags halb 11 Uhr, Zusammenkunft im goldenen Anker, Gerberstr. 24.

**Berlin.** Zur besonderen Beachtung! Aufgehoben wurden die bisherigen Zahlstellen von Dirke, Schwedterstraße, Kleinert, Schulstraße, Brückner, Gartenstraße, Friede, Henningsdorferstraße, und Leder, Charlottenburg, Bismarckstraße. Neuerrichtet wurden solche bei den Restaurateuren Thomas, Gartenstraße 75, und Friede, Margstraße 13b. Alle in Charlottenburg wohnenden Mitglieder, welche bisher ihre Beiträge in den Zahlstellen Leder, Fischer und Meißner entrichteten, ersuchen wir, ihre Adressen bei dem derzeitigen Kassier, Herrn Restaurateur Pasche, Potsdamerstraße 44, abzugeben. Durch die für Charlottenburg eingeführte Hauskassierung werden diese Zahlstellen überflüssig und am 1. November aufgehoben.

**Hann.** Bevollmächtigter: Oskar Koch, Victoriastr. 21.

**Kiel und Umgegend.** Arbeitsnachweis der Feilenhauer bei H. Sab, Kiel, Lehmsberg 8.

**Leipzig.** Um den vom Vorstand empfohlenen Kartenkatalog schneller fertigzustellen, ist nötig, daß die Mitgliedsbücher im Bureau abgegeben werden. 1500 Karten sind ausgestellt, es fehlen also immer noch ca. 2500 Bücher. Wer sein Buch durch einen Andern besorgen läßt, möge nie vergessen, die Adresse anzugeben.

**Ludwigshafen.** Wir ersuchen um Angabe der Adresse des Mitgliedes Franz Krenshberg, Buch-Nr. 4944, aus Bonn. Ortsverwaltung Ludwigshafen. Friedrich Proff, Feinigtstraße 20/2.

**Ludwigshafen.** Perberge: „Wirtschaft zum Edelweiß“, Webestraße 36.

**Meisnig i. N.** Umschauen für Feilenhauer ist streng verboten. Organisierte erhalten 50 Pfg. bei Herrn Hertel, Körnerstraße 34 D., Mittags 12 bis halb 2 Uhr, Abends 7 bis 8 Uhr. Zuwiderhandelnden wird das Geschenk entzogen.

**Quedlinburg.** Perberge nicht mehr im „Preussischen Hof“, sondern im „Kaiser Friedrich“, Augustinern 14.

**Stassfurt.** Fremdenverkehr bei Christoph Hartung, Holzmarkt, Gasthaus zum alten Frit. Dasselbst Reisegeld.

**Allgemeine Frank- und Sterbekasse der Metall-Arbeiter (G. H. Nr. 29) Hamburg.**

**Kaumelsburg.** Sonnabend, den 18. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Lokale von Gustav Tempel, Borchagen, Ecke der Bahnhofstraße.

**Öffentliche Versammlungen.**

**Frankenthal.** Samstag, den 18. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Saale des Kollegen Müller, Kanalstraße. Die gegenwärtige Krise und ihre Einwirkung auf die Lage der Former und Gießereiarbeiter. Referent: Kollege Weismann-Stuttgart.

**Leipzig.** Freitag, den 24. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Coburger Hof, Windmühlenstraße 11. Unser Arbeitsnachweis als Binde- und Agitationsmittel und die bessere Ausgestaltung desselben.

**Stettin.** Sonntag, den 26. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, bei Stellmacher, Bismarckstraße 10, öffentliche Rohrleger-Versammlung. L.-O.: Die Mißstände im Rohrlegergewerbe und wie sind dieselben zu beseitigen. Referent: Kollege Jäger.

**Weißenfels.** Sonnabend, den 25. Oktober, Abends halb 9 Uhr, in der Reichskrone. „Die freien deutschen Gewerkschaften im Gegenjag zu den Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereinen und christlichen Gewerkschaften.“ Referent: Kollege Boß-Lagdeburg.

**Gestorbene.**

In Chemnitz der Keßelschmied Ernst Julius Hartwig, 49 Jahre alt; der Radelmacher Ernst Emil Hlig, 29 Jahre alt, erschossen. — In Fürth der Metallschläger Aug. Ringel, 52 Jahre alt. — In Wülfrath der Former David Kocherscheidt, 19 Jahre alt, Unglücksfall.

**Privat-Anzeigen.**

Inserate werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Der Preis für die dreispaltige Zeile beträgt 50 J.

**Bei hoher Vergütung** suche an jedem Ort Herren, welche den Betrieb hochleganter Neuheiten (ganz vorzüglicher Weihnachtsartikel) nebenbei übernehmen. Vertrieb eignet sich für Jedermann. Prospekt gratis.

**Herrn Wolf, Bwidau G., Wülfrathstraße 12. [97]**

**Feinste und genaueste Meßwerkzeuge,** wie Schiebeshren, Mikrometer, Winkel, Zirkel u. liefert zu den billigsten Preisen **Albert Duda, Göppingen (Württg.), obere Feinwerkstr. 16a. — Prospekt franco. [101]**

**Formerwerkzeuge** 28 aus Stahl, Messing, Bronze und Holz liefert sauber u. billigst **Max Pfüller, Formwerkzeugfabrik Böhlen-Leipzig. — Katalog und Preisliste gratis und franco. [102]**

**Vor dem Reichsversicherungsamt** vertritt ich Bediente oder Hinterbliebene. Erfolge und Empfehlungen. Näheres jährlich.

**105] Gredow Juch, Berlin W, Steglitzerstraße 87.**

# Anzeige.

Demnächst erscheint und ist durch alle Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten (Geschäftsführer) des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie den unterzeichneten Verlag zu beziehen der

## Metallarbeiter-Notizkalender 1903

unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder.

**Reichhaltiger Inhalt.** Statistische Daten aus der Produktion, den Organisationen der modernen und christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine. Auskünfte über das Arbeitsverhältnis und das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, Unfallstatistiken aus der Metallindustrie, Wahltabellen der letzten Reichstagswahlen nebst den Nach- und Stichwahlen, Adressstafeln der ausländischen Verbände und der deutschen Gewerbeinspektoren. Notizkalendarium und weiße Notizblätter in genügender Anzahl.

**Gediegene Auswahl und übersichtliche Anordnung des Stoffes.**

**Handlicher und solider Ganzleinenband mit Tasche und Bleirohr.**

Preis: für Verbandsmitglieder 50 Pfg. exkl. Porto, für Nichtverbandsmitglieder 60 Pfg. exkl. Porto. (Porto per Stück 10 Pfg.)

Einzelbestellungen ist der Betrag für den Kalender und das Porto gleich beizufügen. Sendung unter Nachnahme ausgeschlossen.

**Alexander Schlicke & Co.**  
Druckerei und Verlag  
Stuttgart, Rotestraße 16B.

## Der Metallarbeiter.

**Hilfs- und Nachschlagebuch für Dreher u. Schlosser.**

Enthält Anleitung zum Härten, Bohren, Fräsen und Drehen. Die Zeitberechnung z. Drehen größerer Gegenstände auf der Plandrehbank, Berechnung der Tourenzahl von Maschinen. Das Linsch Drehen mittels Reistock u. Support. Gewindeberechnung nach Whitworth und Millimeter-Steigung, sowie Gewindeformeln für alle vorkommenden Gewinde, Konstruieren von Zahnräder, sowie Fräsen von Zahnrädern und anderes.

Viele Anerkennungen. Zu beziehen durch

**Gonst. Saas, Köln-Ehrenfeld,**  
Piusstraße 2a.

1 Stück M 1,80 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M 2,—, 2 St. 3,60, 3 St. 5,40, 5 St. 8,20 und 10 Stück 16,— bei freier Zusendung. Bei 10 St. 1 Freie Exemplar.

Dasselbst zu beziehen: [44]

## Der praktische Fabriksschlosser.

Enthält Mitteilungen über Erzeugung von Eisen, Stahl, Kupfer u., Behandlung des Stahls, sowie die Fehler in der Stahlbehandlung, Ausführl. über Härten des Stahls. Das Löthen. Das Nieten. Flächen- u. Körperberechnungen. Zahnrad-Berechnungen. Berechnungen der Tourenzahl von Maschinen u. s. w. u. s. w.

1 Stück M 1,50 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M 1,70, 2 St. M 3,10, 3 St. 4,50, 5 St. 7,20, 10 St. 18 M (bei 10 St. ein Freie Exemplar) bei freier Zusendung.

**Gekochtes Anstrichöl**  
billiger Ersatz für Leinöl.  
**Künstliches Terpentinöl,**  
billiger Ersatz für Terpentinöl  
**Geruchloses Carbolium,**  
keine Belästigung durch Geruch.  
**Zeller & Smelin**  
Oelraffinerie und Benzinfabrik  
Eislingen (Würtl.)  
Anfragen erbeten.

**Dresdner Volkshaus**  
Rixenbergstraße 2 — Magstraße 13.

**Zentralverkehr der Gewerkschaften.**

[91] Hotelbetten von 75 Pfg. bis 1,75 M.  
Herbergbetten von 40 Pfg. an mit Bäder-Verwendung.  
Angenehme Räume mit guter Ventilation.  
Biere aus nur ersten Brauereien.  
Großer Saal, kleine Säle und Sitzungszimmer.

Druck und Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei (G. m. b. H.) in Nürnberg.